



Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Goldpfennig.

Nummer 1
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspretsliste S. 246) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsplatz 44, Fernspr.-Anschl.: Amt Luthow 3249. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 64536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse C, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

1. Januar
1925

1925 das Jahr der Trauer.

Im verglimmenden Schein der Weihnachtsterzen geht das Jahr 1924 zu Ende. Noch einmal flammen die Lichter am Tannenbaum auf, um in das neue Jahr hinein zu leuchten. Dieses Aufflammen der verlöschenden Weihnachtsterzen gleicht dem Aufflammen neuer Hoffnungen der Menschheit, die sie mit dem Jahreswechsel verbindet. Ein langer Weg liegt hinter uns, ein Weg voller Kämpfe und Hindernisse, voller Trübsal, voller Enttäuschungen und voller Bitterkeit. Es ist nun leider so, daß Deutschlands Schicksal bis auf weiteres verbunden ist mit den Fesseln und Fallen des Versailler „Vertrags“, eines Vertrages, der den Frieden bringen sollte, in Wirklichkeit aber für Deutschland Schreden, Wunden und Tränen brachte, wie sie selbst schlimmer kaum der Krieg hervorrufen konnte. Nicht einmal und nicht nur von den Deutschen ist dieser sogenannte Vertrag ein Dokument von Pech und Schwefel genannt worden. Und er ist es wirklich. Gerade weil darin fast ausschließlich Deutschlands Unglück festgelegt wurde, das ein rachsüchtiger Feind ausgedacht, vorbereitet und veranlaßt hat, deshalb ist es von den Deutschen so wenig gelesen worden. Und dennoch wäre es im Interesse des deutschen Volkes von außerordentlichem Wert, wenn jeder Deutsche und jede Deutsche diesen Schandvertrag einmal von Anfang an bis zum Ende gelesen hätte. Vielleicht würde dann das deutsche Volk sich darauf besinnen, daß es keine Zeit und keine Veranlassung hat, sich heute in 20 und mehr Parteien zu zerklüften und sich gegenseitig zu bekämpfen und zu verleumden, als stünden sich Todfeinde gegenüber. Das deutsche Volk würde dann erkennen, daß alle Not, alle Entbehrungen, alle Enttäuschungen, alle immer aufs neue dahinschmelzenden Hoffnungen allein begründet sind in diesem sogenannten Versailler Vertrag.

Gerade in diesen Tagen fällt eine für Deutschland schicksalswendende Entscheidung, die nämlich über die Räumung der ersten Zone des besetzten Gebietes. Dieses Dokument von Pech und Schwefel enthält in Tausenden von Paragraphen und Artikeln Tausende von Verpflichtungen Deutschlands und nur einzelne ganz wenige Rechtsansprüche. Aber diese Unerfättlichen, diese Peiniger der Menschheit des 20. Jahrhunderts, die Sadisten, Ausbeuter und Marterknechte, diese Heuchler, Lügner und Betrüger vom Jahre 1918 und 1919, sie bringen es, obwohl ein neuer Geist seit London die Welt erfüllen soll, fertig, auch diese winzigen Rechte, auf die Deutschland sich in diesem sogenannten Versailler Vertrag berufen darf und muß, zu beschneiden, zu bestreiten. Sie erfinden immer neue Märchen, immer neue Vorwände, um Deutschland seiner Rechte nicht teilhaftig werden zu lassen. Nach den klaren Bestimmungen dieses durch Clemenceau verschärften Diktats hat Deutschland einen Rechtsanspruch

darauf, daß die erste Zone des besetzten Gebietes mit dem 10. Januar geräumt wird. Heute schon wissen wir, daß diese Räumung nicht vertrags- und planmäßig erfolgt. Daß man sich auf alliierter Seite über diese Vertragsbestimmung trotz des Regierungswechsels in Frankreich hinwegsetzen würde, das war bereits im November des vergangenen Jahres klar. Damals kamen die ersten Nachrichten aus Paris wie aus London, die keinen Zweifel mehr darüber ließen. Das deutsche Volk hat sich durch die unverantwortliche Haltung eines großen Teils der deutschen Presse täuschen lassen, oder richtiger, hat sich überraschen lassen von der neuen Vertragsverletzung, die man auf alliierter Seite seit Monaten bereits ausgelügelt und vereinbart hatte, in Deutschland aber verheimlichte.

Wenn es zunächst noch so schien, als scheue man sich auf Seiten der Alliierten erneut einen glatten Rechtsbruch zu begehen, und als wolle man die Verschiebung der Räumung auf technische Unmöglichkeiten zurückzuführen und sie auf dem Wege von Vereinbarungen regeln, so hat kurz vor Jahres-schluss der böse Geist von Versailles nicht nur in Paris, sondern auch in London festgeigt. Am 18. Dezember äußerte sich im englischen Oberhaus Lord Curzon über diese Räumungsfrage. Er behauptete zwar nicht, daß Deutschland seine Verpflichtungen verlegt habe, er erklärte aber, daß durch Deutschlands Schuld der Generalbericht der Militärkontrollkommission über die deutsche Abrüstung nicht habe fertig gestellt werden können. Aus diesem Grunde werde ganz unbeschadet der Feststellungen der Alliierten über die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen die Räumung der ersten Zone am 10. Januar nicht erfolgen können. Curzon umschrieb mit diesen Worten die Tatsache, daß die Militärkontrollkommission in bewußter Absicht, vielleicht sogar in höherem Auftrage ihren Generalbericht nicht rechtzeitig fertig stellte, damit man nicht gezwungen wäre, die Räumungsfrist des 10. Januar einzuhalten.

Dieser Vorgang hat aber auch für das Saargebiet eine gewisse Bedeutung. Paragraph 31 des Saarstatuts bestimmt, daß das Saarbecken dem französischen Zollsystem eingeordnet wird, daß aber eine Uebergangszeit von fünf Jahren geschaffen wird, innerhalb welcher diese zollpolitischen Bestimmungen noch nicht in Kraft treten. Wörtlich heißt es darüber: „Die aus dem Saarbecken stammenden und von dort ausgeführten Erzeugnisse genießen während eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Inkraft-treten des gegenwärtigen Vertrages freie Einfuhr in Deutschland. Während derselben Zeit bleibt auch die deutsche Einfuhr in das Becken für Erzeugnisse, die zum örtlichen Verbrauch bestimmt sind, von Zollabgaben befreit.“ Ueber alle in dem Versailler Vertrag festgelegten Fristen heißt es in Artikel 440 in Absatz 7: „Mit der

Errichtung des ersten Protokolls tritt der Vertrag in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller in dem gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Fristen." Als Stichtag für die Inkraftsetzung des Versailler Vertrags wurde auf Grund der vorgesehenen Ratifizierung des fraglichen Vertrages der 10. Januar 1920 festgelegt. Dilem Termin ist wie alle übrigen Fristbestimmungen des „Vertrages“ auch der § 31 des Saarstatuts unterworfen. Nirgends in dem Dokument findet sich eine Bestimmung, die für den Fristbeginn irgend einer Klausel eine Abänderung zuläßt. Daraus müßte logischer Weise folgen, daß, wenn die Alliierten tatsächlich eine Verschiebung der Räumungsfrist für die erste Zone vertragswidrig vornehmen, alle übrigen Fristen derselben Verschiebung unterworfen sein müssen, als logische Folgerung aus dem Artikel 440 des Versailler Vertrags.

Bei dem Beginn der Räumungsfristen handelt es sich um einen Rechtsanspruch Deutschlands, in der Frage der Zollgrenze um ein Frankreich zugestandenes Recht, wenngleich es gegen Moral, Gerechtigkeit und wirtschaftliches Naturgesetz verstößt. Wenn man den deutschen Rechtsanspruch hinsichtlich der Innehaltung der Räumungsfristen verletzt, hat Deutschland bezw. das Saargebiet einen Rechtsanspruch darauf, daß auch die Inkraftsetzung der Saarzollgrenze verschoben wird.

Nun ist es bekannt, daß Frankreich aus Gründen seiner Annexionspolitik seinerzeit die Bestimmung über das Zollsystem in das Saarstatut nachträglich hineingebracht hat, wobei es fraglich erscheinen muß, ob die übrigen Alliierten davon Kenntnis hatten. Die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Tatsachen haben bewiesen, daß die Abschneidung des Saargebiets von Deutschland und die zwangsweise zollpolitische Angliederung an Frankreich den wirtschaftlichen Tod des Saargebiets bedeuten. Das würde an sich Frankreich niemals hindern, trotz allem diese wirtschaftliche Annexion durchzuführen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die in dem § 31 enthaltenen zollpolitischen Bestimmungen Rückschlüsse auf das französische Wirtschaftsleben haben, die für Frankreich außerordentlich bedeutend erscheinen müssen. Während das Saargebiet seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur nach auf den deutschen Absatzmarkt angewiesen ist, wird ihm dieser mit dem 10. Januar endgültig verschlossen und der französische zugewiesen. Das Saargebiet verfügt über eine außerordentlich kräftig entwickelte Industrie, die nunmehr gezwungen ist, mit der französischen Industrie in Inlandswettbewerb zu treten. Frankreichs Wirtschaftsleben ist aber in hervorragendem Maße auf den Auslandsmarkt angewiesen, wo es mit den übrigen Wirtschaftsmächten einen scharfen Konkurrenzkampf führt. Mit dem Auftreten der saarländischen Industrie auf dem französischen Inlandsmarkt wird der Absatz der französischen Industrie in Frankreich selbst um die Menge der saarländischen Produktion verknappt. Frankreichs Patriotismus für das zu annektierende Saargebiet ist aber nicht so groß, daß man dadurch eine Verkürzung des Eigenverdienstes widerspruchslos hinnimmt. Im Gegenteil. In den einzelnen französischen Wirtschaftskreisen hat sich bereits eine starke Abwehrfront gegen die saarländische Konkurrenz gebildet, man hat von der französischen Regierung Maßnahmen verlangt, die die französische Wirtschaft vor Ueberschwemmung des französischen Inlandsmarktes mit saarländischen Erzeugnissen schützt. Noch mehr, in einigen Kreisen ist man sogar der Meinung, daß die politischen Vorteile, die Frankreich mit der Annexion des Saargebiets erzielen würde, die wirtschaftlichen Nachteile nicht aufwiegen, so daß man dort geneigt wäre, auf das Saargebiet zu verzichten. In diesen Kreisen weiß man längst, daß man sich mit dem Saargebiet auf eine falsche Spekulation eingelassen hat und daß die Bestimmungen über dieses Gebiet unwahr und undurchführbar sind.

Aus den jüngsten Veröffentlichungen des französischen Ministers der öffentlichen Arbeiten ergibt sich, daß heute schon die Förderung der durch den Krieg zerstörten oder beschädigten französischen Kohlengruben durch Wiederherstellung so gesteigert werden konnte, daß die Friedensförderung nicht nur erreicht sondern überschritten wurde. Damit entfällt die Grundlage für die Uebertragung der Saargruben an Frankreich, die lediglich als Ersatz für die zerstörten Gruben Nordfrankreichs gedacht war. Dieser Zweck ist nach den Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten erreicht und damit logisch die Erfüllung der Bestimmungen des Saarstatuts. Würde man nach Geist und Buchstaben dieser Bestimmungen verfahren, so müßten mindestens nach Ablauf des Jahres 1924 die Saargruben wieder an Deutschland zurückgegeben werden.

Leider ist mit der Bzwirklichung dieser Auffassung nicht zu rechnen. Wie in Versailles nicht die Vernunft sondern der

Hatz, die Hab- und Raubsucht regierte, so auch heute. Tatsachen und wirtschaftliche Beweise sagen, daß eine Beibehaltung des Saarregimes unter Durchführung der zollpolitischen Bestimmungen nicht nur für das Saargebiet ein Unglück, sondern auch für Frankreich ersten wirtschaftlichen Schaden bedeuten. Dennoch verlangt man französischerseits die Errichtung der französischen Zollgrenze am 10. Januar 1925, verlangt die wirtschaftliche und politische Abschneidung des Saargebiets, nicht aus Gründen der Reparation sondern aus Gründen der Annexion.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß die Inkraftsetzung des § 31 des Saarstatuts in letzter Konsequenz nicht nur eine wirtschaftspolitische sondern tatsächlich eine rein machtpolitische Bedeutung hat. Sie hat sie um so mehr, als an der Spitze der Saarregierung ein französischer Staatsbeamter Poincaristischer Einstellung waltet, und das dessen ganzes politisches Streben darauf gerichtet ist, das Saargebiet politisch Frankreich anzugliedern. Seine ganze Verwaltungstätigkeit während der 5 Jahre, die er im Auftrage des Völkerbundes in Wirklichkeit aber auf Befehl Frankreichs im Saargebiet ausgeübt hat, war nur auf die politische Annexion des Saargebiets gerichtet. Herr Rauli hat die deutsche Währung verdrängt, er hat die deutschen Führer entfernt, hat die Korruption in der Beamtenschaft und in der Bevölkerung gefördert, hat die französischen Schulen gestützt, hat die französische Verfassung bis auf den heutigen Tag zurückgehalten, hat einen politischen Geheimdienst zur Verleumdung der Saargebietsbevölkerung und zur Knebelung ihrer Meinungsfreiheit unterhalten, hat jede deutsche Regierung zu unterdrücken versucht, hat alle kulturellen, politischen, kirchlichen und sonstigen Verbindungen des Saargebiets mit dem deutschen Mutterlande zu zerschneiden sich bemüht, hat es im Interesse Frankreichs bis aufs Blut ausgebeutet, hat es der Verarmung zugeführt, hat es politisch rechtlos, sozial rückständig, wirtschaftlich konkurrenzunfähig gemacht. Alles das müssen wir uns vor Augen halten, wenn mit dem 10. Januar die Zollschranken um das Saargebiet gezogen werden, die Zollschranken, die die Farbe der französischen Tricolore tragen. Diese Zollschranken werden in Wirklichkeit die Wirkungen von Grenzpfählen haben, werden das Symbol sein, daß Frankreich mit der zollpolitischen Angliederung des Saargebiets gleichzeitig die wirtschaftliche und die politische Annexion vollzogen hat.

Dieser 10. Januar 1925 ist damit der schwarzeste Tag für das Saargebiet, da es sich als sichtbar losgetrennt vom deutschen Mutterland betrachten muß. Und damit wird das Jahr 1925, das mit diesem schwarzen Tag für Deutschland und das Saargebiet beginnt, ein Trauerjahr für ganz Deutschland. Heute wiederholt sich das, was einst der deutsche Dichter Friedrich Rückert vor mehr als 100 Jahren über das Saargebiet vom armen Saarpöglein sang.

Deutsch die Saar!).

Ueber Saarlands stolzen Eichen
Kreisel noch der deutsche Aar,
Der von jeher stets ein Zeichen
Deutscher Kraft und Stärke war.
O so ziehe deine Kreise,
Horst am Felsen deutscher Saar,
Kreisel in der gewohnten Weise,
Bleib bei uns, du deutscher Aar!

Unrecht, List, Verrat und Tücke
Sind die Quellen unsrer Not,
Daß man vollends uns erdrücke,
Steine bietet uns statt Brot.
O so ziehe deine Kreise,
Horst am Felsen deutscher Saar,
Kreise nach gewohnter Weise,
Bleib bei uns, du deutscher Aar!

O, du großer Gott dort oben
Wollest dich erbarmen doch!
O, wie wollen wir dich loben,
Wenn zerbrochen du das Joch!
O so ziehe deine Kreise,
Horst am Felsen deutscher Saar,
Kreisel in der gewohnten Weise,
Bleib bei uns, du deutscher Aar!

J. D.

*) Mel.: Deutschland, Deutschland über alles.

Die Saar-Reparationen erfüllt!

Vor kaum drei Wochen gab der französische Minister für öffentliche Arbeiten eine kurze Statistik über die Entwicklung der Kohlenförderung auf den französischen Kohlengruben vom Jahre 1920 an bekannt. Daraus ergibt sich, daß die französische Kohlenförderung im Jahre 1920 25 Millionen Tonnen, im Jahre 1921 28 Millionen Tonnen, im Jahre 1922 32 Millionen Tonnen und im Jahre 1923 39 Millionen Tonnen betrug. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres wurden 37 Millionen Tonnen Kohlen gefördert, was einer Gesamtjahresförderung von rund 43 Millionen Tonnen im Jahre 1924 entspricht. Entsprechend dieser Entwicklung erwartet man für das Jahr 1925 ein Förderungsergebnis von 49 Millionen Tonnen. In der Mitteilung des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Wiederinstandsetzung der Gruben in der ehemaligen Kampzone nahezu vollständig beendet sei und daß damit die Vorkriegsförderung nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten würde.

Zur Begründung der französischen Ansprüche auf die Saargruben legte die französische Friedensdelegation in Versailles bekanntlich im Januar und Februar 1919 eine Denkschrift vor, durch welche der „Sonderanspruch Frankreichs auf eine Reparation im Saarbecken“ ziffernmäßig belegt werden sollte. In dieser französischen Denkschrift wird die Kohlenförderung in Frankreich im Jahre 1913 mit 40 Millionen Tonnen angegeben. Rechnet man den Mehrbedarf Elsaß-Lothringens hinzu, um den die eigene Förderung in Elsaß-Lothringen überschritten wird, so ergibt sich die Ziffer 47 Millionen, mit welcher das Gleichgewicht hergestellt ist, das einen Rechtsanspruch Frankreichs auf deutsche Kohlenreparationsleistungen aus dem Saargebiet nicht mehr begründet erscheinen läßt. In der erwähnten Denkschrift wurde der Ausfall der französischen Kohlenförderung durch die Zerstörung der Gruben in Nordfrankreich mit 20 Millionen Tonnen angegeben. Ausgehend von dieser Zahlenaufstellung war die Denkschrift zu folgender „Schlußfolgerung aus dem Grundsatz der Reparation“ gekommen: „Sowohl für besondere Reparation wegen der Zerstörung seiner Gruben wie als notwendiges Mittel für die Gesamtreparation ist Frankreich berechtigt, das Saarbecken zu beanspruchen.“

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten weist auf Grund seiner soeben veröffentlichten Zahlen nach, daß der Grund für den „Sonderanspruch Frankreichs auf eine Reparation im Saarbecken“ hinfällig geworden ist, da infolge der Wiederinstandsetzung der Gruben in der ehemaligen Kampzone der französische Förderausfall nicht nur nicht mehr besteht, sondern daß heute schon die Förderung aus den Saargruben eine Sonderzuwendung an Frankreich darstellt, die bisher auf die deutschen Gesamtreparationsleistungen nicht in Anrechnung gekommen sind. Gerade die damalige französische Begründung für die Forderung der Saarfrage gibt heute die Unterlagen an die Hand, in eine Neuregelung der Saargebietsbestimmungen des Versailler Vertrages auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse einzutreten. Die zurzeit schwebenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen geben hierzu den besten und begründeten Anlaß, da ja die Frage der Saargrenzlinie mit zu den Verhandlungspunkten gehört. Frankreich hat auf Grund seiner damaligen Begründung heute keinerlei Anspruch mehr auf die Saargruben, da ihre gesamte Förderung heute lediglich eine Sonderleistung an Frankreich darstellt, die Deutschland in keiner Weise gutgeschrieben wird. Eine solche Sonderleistung ohne Entschädigung hat selbst die damalige französische Denkschrift, die von Clemenceau und Tardieu verfaßt wurde, nicht im Auge gehabt. Auch aus den Artikeln 45 bis 50 des Versailler Vertrages, die die Saarfrage regeln, ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Saargruben ihren Reparationszweck in vollem Umfange erfüllt haben, da die Gruben nach Artikel 45 lediglich „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Wiedergutmachung der Kriegsschäden an Frankreich“ abgetreten wurden. Von deutscher Seite wurde schon damals darauf hingewiesen, daß die Schäden an den französischen Gruben in Nordfrankreich nicht derart seien, daß eine Uebertragung der Saargruben an Frankreich begründet werden könnte. Deshalb machte Clemenceau diese angegebene statistische Aufstellung, um nachzuweisen, daß Frankreich tatsächlich auf diese Saargruben angewiesen sei, um für die zerstörten Gruben entschädigt werden zu können.

Es ist bekannt, daß diese Aufmachung trotzdem nicht den durchschlagenden Erfolg hatte, die man französischerseits erwartete. Deshalb führte Clemenceau auch politische Gründe ins Feld. U. a. behauptete er, daß „im Saargebiet 150 000 Saarfranzosen wohnen, die mit Frankreich wieder vereinigt zu sein wünschen“. Diese Lüge von den 150 000 Saarfranzosen ist längst widerlegt, niemand in der Welt glaubt noch daran, und Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat in seiner bekannten Dormunder Rede über die deutsche Außenpolitik von dieser Lüge ebenfalls gesagt, daß sie heute als endgültig abgewiesen betrachtet werden könne. Die Bevölkerung habe selbst der Welt offenkundig gemacht, daß an

der Saar wirklich nur Deutsche wohnen. Nachdem dieser politische Schwindel Frankreichs zur Annexion des Saargebiets nunmehr klar widerlegt ist, widerlegt jetzt der französische Minister für öffentliche Arbeiten ziffernmäßig auch die unhaltbaren Angaben der französischen Denkschrift vom Jahre 1919, widerlegt also auch die Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen Lüge Frankreichs über das Saargebiet.

Die Entwicklung der Verhältnisse hat also der während der Friedensverhandlungen von deutscher Seite zum Ausdruck gekommenen Auffassung Recht gegeben, daß die Dinge, wie man sie in Versailles geregelt hat, unhaltbar sind. Frankreichs Ziele gingen damals darauf aus, Deutschland politisch und wirtschaftlich zu zertümmern. Man operierte daher mit den ungeheuerlichsten Behauptungen, die dann zu den ungeheuerlichsten Forderungen und Bestimmungen gegen Deutschland führten. Die seinerzeit von der Reparationskommission bzw. von den Alliierten Mächten beauftragten Sachverständigen unter dem Amerikaner Dawes, haben durch ihr Gutachten den Nachweis erbracht, daß zahlreiche Bestimmungen des Versailler Vertrages unhaltbar, weil unethisch sind. Diese Bestimmungen haben daher durch dieses Gutachten in gewissem Umfange eine Abänderung erfahren. Unhaltbar, und dem Geist des Dawes-Planes widersprechend, sind auch die Bestimmungen über das Saargebiet, wie es durch die Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten ziffernmäßig bewiesen wird. Wenn wirklich seit London ein neuer Geist der Versöhnung, der Verständigung und des wirklichen Friedens die Welt beherrscht, dann ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, auch die unmöglichen Saargebietsbestimmungen zu beseitigen. Es wird Aufgabe der deutschen Regierung sein müssen, darauf zu dringen, daß auch für das Saargebiet endlich die Stimme der Vernunft die Oberhand gewinnt. Die deutsche Delegation in Paris dürfte es in der Hand haben, die Saarfrage nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom politischen Gesichtspunkt im Geiste von London regeln zu lassen — oder ist dieser Geist schon tot?

Deutschland und die Saarfrage.

Die Saarfrage im Preussischen Landtag.

Auf Veranlassung des Mitgliedes des Vorstandes des Bundes „Saar-Berein“, des Herrn Landtagsabgeordneten Regierungsrat Bachem, hat die deutsch-nationale Landtags-Fraktion in ihrer ersten Sitzung am 17. Dezember 1924 eine große Anfrage, die Verhältnisse des Saargebiets betreffend, beschlossen und eingebracht. Die Anfrage hat nachstehenden Wortlaut:

Die Franzöisierung des Schulwesens des Saargebiets, die gleichmäßig eine Verletzung der Freiheit der deutschen Bevölkerung des Saargebiets und des Friedensvertrages darstellt, dringt immer weiter vor. Die Versuche, dieser Machtpolitik bei der letzten Völkerverbundstagung in Rom zu begegnen, sind wiederum im wesentlichen gescheitert. Selbst italienische Zeitungen ziehen daraus den Schluß, daß die Stellungnahme des Völkerverbundes manche Hoffnungen zerstört habe, die man auf den Völkerverbund gesetzt habe, und wiederum beweise, daß er die schwierigen Probleme des europäischen Zusammenlebens nicht lösen könne oder nicht lösen wolle und seine Entscheidungen nur nach den Bedürfnissen der stärksten Nation treffe.

Im wesentlichen das gleiche wie für die Franzöisierung des Schulwesens im Saargebiet gilt für das weitere Dasein des Verbleibens französischer Militärs im Saargebiet, das nichts anderes als ein Machtinstrument zur Vorbereitung einer gewaltsamen Annexion des seiner ganzen inneren Einstellung und ewig deutschgefinnten Saargebiets darstellt.

Ähnlich wie Zollerleichterungen für Eupen und Malmédy am 10. Januar 1925 wegfallen sollen, soll für denselben Zeitpunkt nach dem Friedensvertrag das Saargebiet dem französischen Zollsystem angegliedert werden. Frankreich wagt es offenbar auch jetzt noch die Durchführung einer derartigen Maßnahme, die eine völlige Zerrüttung des Wirtschaftslebens des Saargebiets besorgen läßt, ernsthaft zu betreiben, trotzdem gerade bei den sich immer schwieriger gestaltenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sich immer deutlicher herausstellt, wie schwer bisher schon der vom Mutterlande losgerissene deutsche Gebietsteil Elsaß-Lothringen unter denselben Gewaltmaßnahmen gelitten hat und noch leidet.

Wir fragen, was das Preussische Staatsministerium zu tun gedenkt, dem Saargebiet, einem überwiegend preussischen Gebietsteil des Deutschen Reiches, zu helfen?

Berlin, den 17. Dezember 1924.

gez. Bachem, D. Winkler,
und die übrigen Mitglieder der deutsch-nationalen Fraktion des Preussischen Landtages.

Errichtung des ersten Protokolls tritt der Vertrag in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller in dem gegenwärtigen Vertrage vorgesehenen Fristen. Als Stichtag für die Inkraftsetzung des Versailler Vertrags wurde auf Grund der vorgesehenen Ratifizierung des fraglichen Vertrages der 10. Januar 1920 festgesetzt. Diesem Termin ist wie alle übrigen Fristbestimmungen des „Vertrages“ auch der § 31 des Saarstatuts unterworfen. Nirgends in dem Dokument findet sich eine Bestimmung, die für den Fristbeginn irgendeiner Klausel eine Abänderung zuläßt. Daraus müßte logischer Weise folgen, daß, wenn die Alliierten tatsächlich eine Verschiebung der Räumungsfrist für die erste Zone vertragswidrig vornehmen, alle übrigen Fristen derselben Verschiebung unterworfen sein müssen, als logische Folgerung aus dem Artikel 440 des Versailler Vertrags.

Bei dem Beginn der Räumungsfristen handelt es sich um einen Rechtsanspruch Deutschlands, in der Frage der Zollgrenze um ein Frankreich zugestandenes Recht, wenngleich es gegen Moral, Geschichte und wirtschaftliches Naturgesetz verstößt. Wenn man den deutschen Rechtsanspruch hinsichtlich der Innehaltung der Räumungsfristen verletzt, hat Deutschland bezw. das Saargebiet einen Rechtsanspruch darauf, daß auch die Inkraftsetzung der Saarzollgrenze verschoben wird.

Nun ist es bekannt, daß Frankreich aus Gründen seiner Annexionspolitik seinerzeit die Bestimmung über das Zollsystem in das Saarstatut nachträglich hineingebracht hat, wobei es fraglich erscheinen muß, ob die übrigen Alliierten davon Kenntnis hatten. Die wirtschaftliche Entwicklung und die wirtschaftlichen Tatsachen haben bewiesen, daß die Abschneidung des Saargebiets von Deutschland und die zwangsweise zollpolitische Angliederung an Frankreich den wirtschaftlichen Tod des Saargebiets bedeuten. Das würde an sich Frankreich niemals hindern, trotz allem diese wirtschaftliche Annexion durchzuführen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die in dem § 31 enthaltenen zollpolitischen Bestimmungen Rückschlüsse auf das französische Wirtschaftsleben haben, die für Frankreich außerordentlich bedenklich erscheinen müssen. Während das Saargebiet seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur nach auf den deutschen Absatzmarkt angewiesen ist, wird ihm dieser mit dem 10. Januar endgültig verschlossen und der französische zugewiesen. Das Saargebiet verfügt über eine außerordentlich kräftig entwickelte Industrie, die nunmehr gezwungen ist, mit der französischen Industrie in Inlandswettbewerb zu treten. Frankreichs Wirtschaftsleben ist aber in hervorragendem Maße auf den Auslandsmarkt angewiesen, wo es mit den übrigen Wirtschaftsmächten einen scharfen Konkurrenzkampf führt. Mit dem Austreten der saarländischen Industrie auf dem französischen Inlandsmarkt wird der Absatz der französischen Industrie in Frankreich selbst um die Menge der saarländischen Produktion verknappt. Frankreichs Patriotismus für das zu annektierende Saargebiet ist aber nicht so groß, daß man dadurch eine Verkürzung des Eigenverdienstes widerspruchslos hinnimmt. Im Gegenteil. In den einzelnen französischen Wirtschaftskreisen hat sich bereits eine starke Abwehrfront gegen die saarländische Konkurrenz gebildet, man hat von der französischen Regierung Maßnahmen verlangt, die die französische Wirtschaft vor Ueberschwemmung des französischen Inlandsmarktes mit saarländischen Erzeugnissen schützt. Noch mehr, in einigen Kreisen ist man sogar der Meinung, daß die politischen Vorteile, die Frankreich mit der Annexion des Saargebiets erzielen würde, die wirtschaftlichen Nachteile nicht aufwiegen, so daß man dort geneigt wäre, auf das Saargebiet zu verzichten. In diesen Kreisen weiß man längst, daß man sich mit dem Saargebiet auf eine falsche Spekulation eingelassen hat und daß die Bestimmungen über dieses Gebiet unwahr und undurchführbar sind.

Aus den jüngsten Veröffentlichungen des französischen Ministers der öffentlichen Arbeiten ergibt sich, daß heute schon die Förderung der durch den Krieg zerstörten oder beschädigten französischen Kohlengruben durch Wiederherstellung so gesteigert werden konnte, daß die Friedensförderung nicht nur erreicht sondern überschritten wurde. Damit entfällt die Grundlage für die Uebertragung der Saargruben an Frankreich, die lediglich als Ersatz für die zerstörten Gruben Nordfrankreichs gedacht war. Dieser Zweck ist nach den Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten erreicht und damit logisch die Erfüllung der Bestimmungen des Saarstatuts. Würde man nach Geist und Buchstaben dieser Bestimmungen verfahren, so müßten mindestens nach Ablauf des Jahres 1924 die Saargruben wieder an Deutschland zurückgegeben werden.

Leider ist mit der Verwirklichung dieser Auffassung nicht zu rechnen. Wie in Versailles nicht die Vernunft sondern der

Hatz, die Hab- und Raubsucht regierte, so auch heute. Tatsachen und wirtschaftliche Beweise sagen, daß eine Beibehaltung des Saarregimes unter Durchführung der zollpolitischen Bestimmungen nicht nur für das Saargebiet ein Unglück, sondern auch für Frankreich ernststen wirtschaftlichen Schaden bedeuten. Dennoch verlangt man französischerseits die Errichtung der französischen Zollgrenze am 10. Januar 1925, verlangt die wirtschaftliche und politische Abschneidung des Saargebiets, nicht aus Gründen der Reparation sondern aus Gründen der Annexion.

Wir müssen uns darüber klar werden, daß die Inkraftsetzung des § 31 des Saarstatuts in letzter Konsequenz nicht nur eine wirtschaftspolitische sondern tatsächlich eine rein machtpolitische Bedeutung hat. Sie hat sie um so mehr, als an der Spitze der Saarregierung ein französischer Staatsbeamter Poincaristischer Einstellung waltet, und das dessen ganzes politisches Streben darauf gerichtet ist, das Saargebiet politisch Frankreich anzugliedern. Seine ganze Verwaltungstätigkeit während der 5 Jahre, die er im Auftrage des Völkerbundes in Wirklichkeit aber auf Befehl Frankreichs im Saargebiet ausgeübt hat, war nur auf die politische Annexion des Saargebiets gerichtet. Herr Raut hat die deutsche Währung verdrängt, er hat die deutschen Führer entfernt, hat die Korruption in der Beamtenschaft und in der Bevölkerung gefördert, hat die französischen Schulen gestiftet, hat die französische Verfassung bis auf den heutigen Tag zurückbehalten, hat einen politischen Geheimdienst zur Verleumdung der Saargebietsbevölkerung und zur Knebelung ihrer Meinungsfreiheit unterhalten, hat jede deutsche Regierung zu unterdrücken versucht, hat alle kulturellen, politischen, kirchlichen und sonstigen Verbindungen des Saargebiets mit dem deutschen Mutterlande zu zerschneiden sich bemüht, hat es im Interesse Frankreichs bis aufs Blut ausgebeutet, hat es der Verarmung zugeführt, hat es politisch rechtlos, sozial rückständig, wirtschaftlich konkurrenzunfähig gemacht. Alles das müssen wir uns vor Augen halten, wenn mit dem 10. Januar die Zollschranken um das Saargebiet gezogen werden, die Zollschranken, die die Farbe der französischen Tricolore tragen. Diese Zollschranken werden in Wirklichkeit die Wirkungen von Grenzspähnen haben, werden das Symbol sein, daß Frankreich mit der zollpolitischen Angliederung des Saargebiets gleichzeitig die wirtschaftliche und die politische Annexion vollzogen hat.

Dieser 10. Januar 1925 ist damit der schwarzeste Tag für das Saargebiet, da es sich als sichtbar losgetrennt vom deutschen Mutterland betrachten muß. Und damit wird das Jahr 1925, das mit diesem schwarzen Tag für Deutschland und das Saargebiet beginnt, ein Trauerjahr für ganz Deutschland. Heute wiederholt sich das, was einst der deutsche Dichter Friedrich Rückert vor mehr als 100 Jahren über das Saargebiet vom armen Saardöglein sang.

Deutsch die Saar*).

Ueber Saarlands stolzen Eichen
Kreisel noch der deutsche Aar,
Der von jeher stets ein Zeichen
Deutscher Kraft und Stärke war.
O so ziehe deine Kreise,
Horst am Felsen deutscher Saar,
Kreisel in der gewohnten Weise,
Bleib bei uns, du deutscher Aar!

Unrecht, List, Verrat und Lüge
Sind die Quellen unsrer Not,
Daß man vollends uns erdrückt,
Steine bietet uns statt Brot.
O so ziehe deine Kreise,
Horst am Felsen deutscher Saar,
Kreise nach gewohnter Weise,
Bleib bei uns, du deutscher Aar!

O, du großer Gott dort oben
Wollest dich erbarmen doch!
O, wie wollen wir dich loben,
Wenn zerbrochen du das Joch!
O so ziehe deine Kreise,
Horst am Felsen deutscher Saar,
Kreisel in der gewohnten Weise,
Bleib bei uns, du deutscher Aar!

J. D.

*) Ref.: Deutschland, Deutschland über alles.

Die Saar-Reparationen erfüllt!

Vor kaum drei Wochen gab der französische Minister für öffentliche Arbeiten eine kurze Statistik über die Entwicklung der Kohlenförderung auf den französischen Kohlengruben vom Jahre 1920 an bekannt. Daraus ergibt sich, daß die französische Kohlenförderung im Jahre 1920 25 Millionen Tonnen, im Jahre 1921 28 Millionen Tonnen, im Jahre 1922 32 Millionen Tonnen und im Jahre 1923 39 Millionen Tonnen betrug. In den ersten zehn Monaten des laufenden Jahres wurden 37 Millionen Tonnen Kohlen gefördert, was einer Gesamtjahresförderung von rund 43 Millionen Tonnen im Jahre 1924 entspricht. Entsprechend dieser Entwicklung erwartet man für das Jahr 1925 ein Förderungsergebnis von 49 Millionen Tonnen. In der Mitteilung des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Wiederinstandsetzung der Gruben in der ehemaligen Kampfzone nahezu vollständig beendet sei und daß damit die Vorkriegsförderung nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten würde.

Zur Begründung der französischen Ansprüche auf die Saargruben legte die französische Friedensdelegation in Versailles bekanntlich im Januar und Februar 1919 eine Denkschrift vor, durch welche der „Sonderanspruch Frankreichs auf eine Reparation im Saarbecken“ ziffernmäßig belegt werden sollte. In dieser französischen Denkschrift wird die Kohlenförderung in Frankreich im Jahre 1913 mit 40 Millionen Tonnen angegeben. Rechnet man den Mehrbedarf Elsaß-Lothringens hinzu, um den die eigene Förderung in Elsaß-Lothringen überschritten wird, so ergibt sich die Ziffer 47 Millionen, mit welcher das Gleichgewicht hergestellt ist, das einen Rechtsanspruch Frankreichs auf deutsche Kohlenreparationslieferungen aus dem Saargebiet nicht mehr begründet erscheinen läßt. In der erwähnten Denkschrift wurde der Ausfall der französischen Kohlenförderung durch die Zerstörung der Gruben in Nordfrankreich mit 20 Millionen Tonnen angegeben. Ausgehend von dieser Zahlenaufstellung war die Denkschrift zu folgender „Schlußfolgerung aus dem Grundlag der Reparation“ gekommen: „Sowohl für besondere Reparation wegen der Zerstörung seiner Gruben wie als notwendiges Mittel für die Gesamtreparation ist Frankreich berechtigt, das Saarbecken zu beanspruchen.“

Der französische Minister für öffentliche Arbeiten weist auf Grund seiner soeben veröffentlichten Zahlen nach, daß der Grund für den „Sonderanspruch Frankreichs auf eine Reparation im Saarbecken“ hinfällig geworden ist, da infolge der Wiederinstandsetzung der Gruben in der ehemaligen Kampfzone der französische Förderausfall nicht nur nicht mehr besteht, sondern daß heute schon die Förderung aus den Saargruben eine Sonderzuwendung an Frankreich darstellt, die bisher auf die deutschen Gesamtreparationsleistungen nicht in Anrechnung gekommen sind. Gerade die damalige französische Begründung für die Regelung der Saarfrage gibt heute die Unterlagen an die Hand, in eine Neuregelung der Saargebietsbestimmungen des Versailler Vertrages auf Grund der tatsächlichen Verhältnisse einzutreten. Die zurzeit schwebenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen geben hierzu den besten und begründeten Anlaß, da ja die Frage der Saargrenzlinie mit zu den Verhandlungspunkten gehört. Frankreich hat auf Grund seiner damaligen Begründung heute keinerlei Anspruch mehr auf die Saargruben, da ihre gesamte Förderung heute lediglich eine Sonderleistung an Frankreich darstellt, die Deutschland in keiner Weise gutgeschrieben wird. Eine solche Sonderleistung ohne Gutschrift hat selbst die damalige französische Denkschrift, die von Clemenceau und Tardieu verfaßt wurde, nicht im Auge gehabt. Auch aus den Artikeln 45 bis 50 des Versailler Vertrages, die die Saarfrage regeln, ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß die Saargruben ihren Reparationszweck in vollem Umfange erfüllt haben, da die Gruben nach Artikel 45 lediglich „als Ersatz für die Zerstörung der Kohlengruben in Nordfrankreich und als Wiedergutmachung der Kriegsschäden an Frankreich“ abgetreten wurden. Von deutscher Seite wurde schon damals darauf hingewiesen, daß die Schäden an den französischen Gruben in Nordfrankreich nicht derart seien, daß eine Übertragung der Saargruben an Frankreich begründet werden könnte. Deshalb machte Clemenceau diese angegebene statistische Aufstellung, um nachzuweisen, daß Frankreich tatsächlich auf diese Saargruben angewiesen sei, um für die zerstörten Gruben entschädigt werden zu können.

Es ist bekannt, daß diese Aufmachung trotzdem nicht den durchschlagenden Erfolg hatte, die man französischerseits erwartete. Deshalb führte Clemenceau auch politische Gründe ins Feld. U. a. behauptete er, daß „im Saargebiet 150 000 Saarfranzosen wohnen, die mit Frankreich wieder vereinigt zu sein wünschen“. Diese Lüge von den 150 000 Saarfranzosen ist längst widerlegt, niemand in der Welt glaubt noch daran, und Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat in seiner bekannten Dortmunder Rede über die deutsche Außenpolitik von dieser Lüge ebenfalls gesagt, daß sie heute als endgültig abgelehnt betrachtet werden könne. Die Bevölkerung habe selbst der Welt offenkundig gemacht, daß an

der Saar wirklich nur Deutsche wohnen. Nachdem dieser politische Schwindel Frankreichs zur Annexion des Saargebiets nunmehr klar widerlegt ist, widerlegt jetzt der französische Minister für öffentliche Arbeiten ziffernmäßig auch die unhaltbaren Angaben der französischen Denkschrift vom Jahre 1919, widerlegt also auch die Unhaltbarkeit der wirtschaftlichen Lüge Frankreichs über das Saargebiet.

Die Entwicklung der Verhältnisse hat also der während der Friedensverhandlungen von deutscher Seite zum Ausdruck gekommenen Auffassung Recht gegeben, daß die Dinge, wie man sie in Versailles geregelt hat, unhaltbar sind. Frankreichs Ziele gingen damals darauf aus, Deutschland politisch und wirtschaftlich zu zertrümmern. Man operierte daher mit den ungeheuerlichen Behauptungen, die dann zu den ungeheuerlichsten Forderungen und Bestimmungen gegen Deutschland führten. Die seinerzeit von der Reparationskommission bzw. von den Alliierten Mächten beauftragten Sachverständigen unter dem Amerikaner Dawes, haben durch ihr Gutachten den Nachweis erbracht, daß zahlreiche Bestimmungen des Versailler Vertrages unhaltbar, weil unehrlich sind. Diese Bestimmungen haben daher durch dieses Gutachten in gewissem Umfange eine Abänderung erfahren. Unhaltbar, und dem Geist des Dawes-Planes widersprechend, sind auch die Bestimmungen über das Saargebiet, wie es durch die Angaben des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten ziffernmäßig bewiesen wird. Wenn wirklich seit London ein neuer Geist der Verständigung, der Verständigung und des wirklichen Friedens die Welt beherrscht, dann ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, auch die unmöglichen Saargebietsbestimmungen zu beseitigen. Es wird Aufgabe der deutschen Regierung sein müssen, darauf zu dringen, daß auch für das Saargebiet endlich die Stimme der Vernunft die Oberhand gewinnt. Die deutsche Delegation in Paris dürfte es in der Hand haben, die Saarfrage nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom politischen Gesichtspunkt im Geiste von London regeln zu lassen — oder ist dieser Geist schon tot?

Deutschland und die Saarfrage.

Die Saarfrage im Preussischen Landtag.

Auf Veranlassung des Mitgliedes des Vorstandes des Bundes „Saar-Verein“, des Herrn Landtagsabgeordneten Regierungsrat Bachem, hat die deutsch-nationale Landtagsfraktion in ihrer ersten Sitzung am 17. Dezember 1924 eine große Anfrage, die Verhältnisse des Saargebiets betreffend, beschlossen und eingebracht. Die Anfrage hat nachstehenden Wortlaut:

Die Franzöisierung des Schulwesens des Saargebiets, die gleichmäßig eine Verletzung der Freiheit der deutschen Bevölkerung des Saargebiets und des Friedensvertrages darstellt, dringt immer weiter vor. Die Versuche, dieser Machtpolitik bei der letzten Völkerbundstagung in Rom zu begegnen, sind wiederum im wesentlichen gescheitert. Selbst italienische Zeitungen ziehen daraus den Schluß, daß die Stellungnahme des Völkerbundes manche Hoffnungen zerstört habe, die man auf den Völkerbund gesetzt habe, und wiederum beweiße, daß er die schwierigen Probleme des europäischen Zusammenlebens nicht lösen könne oder nicht lösen wolle und seine Entscheidungen nur nach den Bedürfnissen der stärksten Nation treffe.

Im wesentlichen das gleiche wie für die Franzöisierung des Schulwesens im Saargebiet gilt für das weitere Dulden des Verbleibens französischen Militärs im Saargebiet, das nichts anderes als ein Machtinstrument zur Vorbereitung einer gewaltsamen Annexion des seiner ganzen inneren Einstellung und ewig deutschgefinnten Saargebiets darstellt.

Ähnlich wie Zollleichterungen für Eupen und Malmedy am 10. Januar 1925 weggelassen sollen, soll für denselben Zeitpunkt nach dem Friedensvertrag das Saargebiet dem französischen Zollsystem angegliedert werden. Frankreich wagt es offenbar auch jetzt noch die Durchführung einer derartigen Maßnahme, die eine völlige Zerrüttung des Wirtschaftslebens des Saargebiets besorgen läßt, ernsthaft zu betreiben, trotzdem gerade bei den sich immer schwieriger gestaltenden Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich sich immer deutlicher herausstellt, wie schwer bisher schon der vom Mutterlande losgerissene deutsche Gebietsteil Elsaß-Lothringen unter denselben Gewaltmaßnahmen gelitten hat und noch leidet.

Wir fragen, was das Preussische Staatsministerium zu tun gedenkt, dem Saargebiet, einem überwiegend preussischen Gebietsteil des Deutschen Reiches, zu helfen?

Berlin, den 17. Dezember 1924.

gez. Bachem, D. Winkler,
und die übrigen Mitglieder der deutsch-nationalen Fraktion des Preussischen Landtages.

Neue französische Annexionsziele im Saargebiet.

Wir deuteten bereits in einer unserer letzten Nummern an, daß Frankreich seiner Saarpolitik eine andere Richtung zu geben versucht. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß man französischerseits über den Charakter des Saargebiets und über die nationale Einstellung seiner Bevölkerung nicht mehr im Zweifel ist. Der Schwindel von den 150 000 Saarfranzosen ist jetzt in aller Welt offenkundig, so daß man auf jener Seite sonst etwas darum geben würde, wenn die „Probe aufs Exempel“, nämlich die Abstimmung im Saargebiet nicht stattfände. Die Dinge haben sich eben anders entwickelt, als die damaligen französischen Annexionspolitiker angenommen hatten. Auch die allerhöchsten Terrormaßnahmen Frankreichs im Saargebiet, Hungerkuren, Polizeijäger, Besatzungsübergriffe, Zöllschikanen, Separatistenpolitik, haben nicht vermocht, auch nur einen anständigen Saardeutschen in das französische Lager hinüberzuziehen. Das hat man nun auch in Paris in allen Kreisen erkannt. Deshalb macht sich schon seit einiger Zeit in der französischen Saarpolitik ein Umschwung bemerkbar, ein Umschwung, der letzten Endes zum Ziele hat, das jetzige Saarregime aufzuheben, auf die Abstimmung zu verzichten, sofern man deutscherseits zu gewissen Zugeständnissen bereit ist.

Im Saargebiet spricht man schon seit Monaten von einem ganz bestimmten Plan, der auch in französischen Regierungskreisen ernsthaft erwogen worden ist. Welcher Art dieser Plan ist, geht aus einem Protest hervor, der von den Stadtverordneten der Stadt Saarlouis einstimmig gefaßt wurde. Nach diesem Protest haben die Stadtverordneten von Saarlouis die Bestätigung eines schon seit Monaten im Saargebiet umlaufenden Gerüchts, wonach Frankreich auf das Saargebiet und die Saargruben verzichten will, wenn die Stadt Saarlouis mit sieben Bürgermeistereien ohne Abstimmung an Frankreich fällt.

Diese Tatsache hat die Saarlouiser Stadtverordneten veranlaßt, sich mit Eingaben an die deutsche Reichsregierung, an den französischen Ministerpräsidenten und an den Völkerbund zu wenden, um schärfsten Protest gegen einen Versuch der Annexion des Saarlouiser Kreises zu erheben. Die Eingaben haben folgenden Wortlaut:

1. An die deutsche Reichsregierung:

In diesen Tagen erhielten wir die Bestätigung der Richtigkeit eines seit Monaten umlaufenden Gerüchts, wonach der französische Ministerpräsident Herriot den Verzicht Frankreichs auf das Saargebiet und die Saargruben ausgesprochen hat, wenn die Stadt Saarlouis mit sieben Bürgermeistereien ohne Abstimmung an Frankreich fällt. Wir, die gewählten Vertreter der Stadt Saarlouis, halten es für unsere heiligste Pflicht, gegen diese beabsichtigte Vergewaltigung eines treudeutschen Volksteiles einmütig vor der ganzen zivilisierten Welt den allerhöchsten Einspruch zu erheben. Wir stützen uns dabei auf die Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles, die den Bewohnern des Saargebietes das Selbstbestimmungsrecht garantiert.

Bereits im Jahre 1919 hatten wir Gelegenheit, ein treudeutsches Gelöbnis dem französischen Kommandanten gegenüber abzugeben, als dieser die Frage an uns gerichtet hatte: Was gedenkt Saarlouis zu tun, wenn Saarlouis französisch wird? — In diesem Zusammenhang weisen wir noch auf die ferndeutsche Rundgebung des Kreistages Saarlouis vom 31. März 1919 hin.

Was wir in schwerer Stunde trotz des Druckes der Militärdiktatur unserem Vaterlande freimütig gelobt haben — Treue bis zum Tode — ist heute so wahr wie damals. Wir waren gute Deutsche, wir sind gute Deutsche, und wir wollen gute Deutsche bleiben. Die Abstimmung in zehn Jahren wird, davon sind wir fest überzeugt, eine glänzende Rechtfertigung des Treugelöbnisses aller Saarländer zum Deutschtum bringen. Wir Bewohner der Stadt Saarlouis wollen hierbei mit an erster Stelle stehen, denn wir haben für die Zukunft keinen brennenderen Wunsch als den der Wiedervereinigung mit unseren deutschen Brüdern.

Von der gegenwärtigen und jeder zukünftigen deutschen Regierung erwarten wir deshalb zuversichtlich, daß sie einer Lösung der Saarfrage vor dem Januar 1935 nur dann ihre Zustimmung erteilt, wenn das ganze Saargebiet restlos zum deutschen Vaterlande zurückkehrt.

In dieser festen Zuversicht legen wir das Schicksal unserer geliebten Heimatstadt und ihrer Einwohner vertrauensvoll in die Hände der deutschen Reichsregierung. Treue um Treue!

2. An den französischen Ministerpräsidenten Herriot:

Wie die ganze zivilisierte Welt, so haben auch wir, die gewählten Vertreter der Stadt Saarlouis, mit größter Hochachtung und Bewunderung Ihre Politik verfolgt, die in kurzer Zeit zu einer so sichtbaren Entspannung der Beziehungen zwischen Frank-

reich und dem Deutschen Reiche geführt hat. Es ist unsere feste Überzeugung, daß allein eine so kluge Politik imstande ist, die europäische Zivilisation vor dem drohenden Chaos zu retten.

Im Vertrauen auf Ihren Gerechtigkeitsinn gestatten wir uns, in schwerer Stunde folgende Ausführungen an Sie zu richten:

Herr Präsident! Sie haben ein Angebot Frankreichs ausgesprochen, wonach Frankreich auf das Saargebiet und auf die Gruben verzichtet, wenn die Stadt Saarlouis mit sieben Bürgermeistereien an Frankreich fällt. Wir Bürger der Stadt Saarlouis, die wir die gewählte Stadtvertretung bilden, können nicht annehmen, daß Sie, Herr Präsident, über die Stimmung der Bevölkerung im Saargebiet, besonders in Saarlouis, richtig unterrichtet sind, weil Sie sonst diesen Gedanken sicher nicht ausgesprochen hätten.

Gestatten Sie uns deshalb, zunächst darauf hinzuweisen, daß der seinerzeit dem Präsidenten Wilson unterbreiteten Erklärung von 150 000 Saarfranzosen eine Beweisführung nicht beizumessen ist, da sie durch Nachschaffen einiger Persönlichkeiten zustande kam, die Sie, Herr Präsident, ohne Zweifel nicht billigen würden. Gestatten Sie uns ferner, Ihnen die Versicherung zu geben, daß das Saargebiet und nicht zum mindesten die Stadt Saarlouis deutsch war, deutsch ist und deutsch bleiben wird.

Im Jahre 1919 unter dem Druck der Militärdiktatur hatte der französische Kommandant an die Stadt Saarlouis die Frage gerichtet: Was gedenkt Saarlouis zu tun, wenn Saarlouis französisch wird? Auf diese Frage haben wir damals bereits eine unzweideutige Antwort gegeben.

Herr Präsident! Wir haben die feste Überzeugung, daß Sie diese Antwort ebenso würdigen werden, wie damals eine hohe französische Militärperson im Saargebiet in objektiver Würdigung unseren Patriotismus anerkannt hat. Auch wollen wir nicht verfehlen, in diesem Zusammenhang auf die ferndeutsche Rundgebung des Kreistages Saarlouis vom 31. März 1919 hinzuweisen.

Wir können Ihnen die feste Versicherung geben, daß die Bevölkerung der Stadt Saarlouis, hart an der Grenze Frankreichs, in Frieden und Eintracht mit unseren Grenzern leben will. Als gute Deutsche bekämpfen wir aber jedes Bestreben, uns von Deutschland loszureißen, weil wir unlösbar verknüpft sind mit unserer deutschen Heimat und weil eine Lostrennung wie ein Dolchstoß, wie eine Erdbebenkatastrophe auch des Wirtschaftslebens wirken müßte. Jeden Versuch der Trennung mühten wir als eine in unser deutsches Haus geworfene Brandfackel betrachten, die Mann, Weib und Kind selbst mit ihrem Herzblut erstickten würden. Gerade die Not Deutschlands, das zu erfüllen, was es versprochen, ob es noch so schwer und hart wird, fittet uns mit unwiderstehlicher Kraft an unser teures Vaterland, dem wir helfen wollen, wieder frei zu werden.

Nichts in der Welt, keine materiell noch so glückliche Zukunft, könnte uns unsere Liebe zu Deutschland aus dem Herzen reißen.

Herr Präsident! Wir nehmen für uns — und darin wird Ihr Rechtsgefühl uns bestärken — das gleiche Recht auf Patriotismus in Anspruch, das Sie mit vollem Recht für sich in Anspruch nehmen würden, wenn es sich darum handelte, französische Menschen und französisches Land gegen ihren Willen als Austauschobjekt einer anderen Nationalität zuzuführen.

Wir können nicht annehmen, daß unserer Stadt und ihren Bewohnern Gefahr droht von einem Lande, das die Menschenrechte immer wieder begeistert feiert, von einem Lande, das das Wilsonsche Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Völker feierlich angenommen hat.

Wenn wir deshalb unseren Nachbarn jenseits der blau-weiß-roten Grenzpfähle in tiefster Sorge um unsere Zukunft zurufen: Besinnt euch und verachtet nicht, was ihr so hoch gepriesen habt!, so ist das ein Hilferuf der Stadt Saarlouis an die Herzen aller, die guten Willens sind, die verhüten wollen, daß Zant und Streit weiter leben zwischen zwei Völkern, die auf ein gutes nachbarliches Verhältnis zueinander angewiesen sind.

Herr Präsident! Wir nehmen ohne weiteres an, daß Sie, nachdem wir Ihnen unsere Ansicht unzweideutig klargestellt haben, sich mit aller Kraft dafür einsetzen werden, daß wenigstens der uns im Friedensvertrag von Versailles gewährleisteten freien Abstimmung kein Hindernis in den Weg gelegt wird.

3. An den Völkerbund:

Von banger Sorge um die Zukunft unserer deutschen Stadt und ihrer treudeutschen Bewohner erfüllt, haben wir an die deutsche Reichsregierung und an den französischen Minister-

präsidenten die in den Anlagen beigefügten Schreiben gerichtet. Die Mitglieder des Völkerbundes, dessen vornehmste Aufgabe die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist, bitten wir dringend um ihre Mithilfe, damit den ihr Deutschum treu bekennenden Bewohnern der Stadt Saarlouis die Möglichkeit belassen bleibt, ihre Nationalität selbst bestimmen zu können.

Der von hohen Idealen befeelte Völkerbund soll ja die Völker zu einem dauernden Frieden führen. Er soll vermeiden, daß auf Ungerechtigkeiten entstehende Gewalttaten zu Haß und Zwietracht führen. Zu dem Gerechtigkeitsinn des Völkerbundes haben wir daher das festeste Vertrauen, daß uns unser heiliges Recht, Deutsche zu bleiben, ungeschmälert und unangefastet verbleiben wird. Jedes Mitglied des Völkerbundes möge sich selbst sagen, was es heißt, uns das im Friedensvertrag von Versailles gewährleistete Recht der Abstimmung zu nehmen. Niemand von Ihnen wird unter ähnlichen Verhältnissen leben wollen wie wir: frei zu sein und nicht frei als Deutsche leben zu können. Noch 10 Jahre wird dieser Zustand dauern. Nur die Hoffnung auf die Abstimmung und damit auf die sehnlichst herbeigewünschte Freiheit macht uns diese Zeit erträglich.

In ihrer großen Besorgnis richten die berufenen Vertreter der Stadt Saarlouis an den hohen Völkerbund, dem das Saargebiet auf Grund des Friedensvertrages zu treuen Händen anvertraut ist, die Bitte, diesen unseren Darlegungen seine Aufmerksamkeit zuzuwenden zu wollen. Wir geben uns der Erwartung hin, daß er, von der Gerechtigkeit unserer Sache überzeugt, niemals ein Gebiet mit rein deutscher Bevölkerung, die den sehnlichen Wunsch hat, zu Deutschland zurückzukehren, ohne Abstimmung Frankreich übergeben kann.

Die Eingaben wurden von sämtlichen Stadtverordneten der Stadt Saarlouis unterzeichnet.

Diese Proteste der Stadt Saarlouis gegen die Absicht der Abtrennung von Deutschland sind von größter politischer Bedeutung. Es handelt sich jetzt zunächst weniger darum, ob derartige Pläne der französischen Regierung ernstlich betrieben worden sind und ob in dieser Richtung irgendwelche Schritte bereits unternommen wurden. Die Hauptsache ist der nun bereits zu wiederholten Malen von der Bevölkerung der Stadt Saarlouis aufs entschiedenste bekämpfte Gedanke der Französisierung des Saarlouiser Kreises. Es ist bekannt, daß man in den Kreisen der französischen Saarannexionisten sich mit Vorliebe auf Saarlouis beruft und darauf hinweist, daß die Stadt eine Gründung Ludwigs XIV. sei. Die Bevölkerung von Saarlouis hat jedoch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie trotz aller französischer Versuche, Saarlouis zu einer französischen Stadt zu stempeln, gar nicht daran denkt, das stillschweigend zu dulden. In besonders treffender Weise hat in Albert Jühlses Saarkalender für 1925 L. Müller, Saarlouis, geschildert, wie diese deutsche Stadt mit dem französischen Namen und dem deutschen Herzen nach dem deutschen Zusammenbruch um ihr uraltes Recht, deutsch zu sein, härtesten Kampf bereits zu führen hatte. Wir nehmen das Einverständnis des Herausgebers dieses Kalenders, Albert Jühls, wie auch das des Verlages Gebr. Hofen-Saarlouis an, wenn wir diese Ausführungen in unserer nächsten

Nummer zum Abdruck bringen. Geben Sie doch ein so plastisches Bild von dem Deutschumskampf Saarlouis, das der Hülfe der Stadtverordneten von Saarlouis in trefflichster Weise ergänzt, daß wir es als notwendig erachten, diesen Ausführungen hier Raum zu geben.

★

Von amtlicher französischer Seite wurde die in den Protesten der Saarlouiser Stadtverordneten enthaltene Mitteilung, daß der französische Ministerpräsident Herriot selbst dieses Annexionsangebotes gemacht habe, dementiert. Herriot hat die Regierungskommission des Saargebietes beauftragt, auch ihrerseits im Saargebiet diese Auffassung der Saarlouiser Stadtverordneten in aller Form zu dementieren. Wir haben schon eingangs zum Ausdruck gebracht, daß es belanglos ist, ob Herriot selbst eine derartige Äußerung getan hat oder ob sie von einer anderen amtlichen französischen Stelle herrührt. Das Dementi als solches mag der Form nach richtig sein, in der Sache aber ist der Beschluß der Stadtverordneten von Saarlouis durchaus berechtigt. Die französischen Amtsstellen werden, wenn sie bei der Wahrheit bleiben wollen, nicht bestreiten können, daß ein solcher Plan innerhalb der einzelnen Ressorts in den Ministerien schon seit langem erwogen und allmählich erörtert worden ist. Es wird nicht bestritten werden können, daß dieser Plan noch zu Poincarés Zeiten auftauchte und unter der Ministerpräsidentenschaft Herriots noch nicht begraben worden ist. Man braucht auch nur auf die tatsächliche Entwicklung der Verhältnisse im Saargebiet seit der Besetzungszeit hinzuweisen, um bestätigt zu finden, daß der Plan der Losreißung des Saarlouiser Kreises vom ersten Tage der Besetzung an mit allem Nachdruck betrieben und bis heutigen Tages noch nicht aufgegeben worden ist.

Es ist unter diesen Umständen ein besonderes Kennzeichen für die „Politik“, die in der unrühmlichst bekannten „Welt am Montag“ des Herrn von Gerlach in Berlin betrieben wird, wenn sie in einer Polemik gegen die „Zeit“ unter anderem erklärt, dieses Blatt „habe sich in einem Artikel den Schwindel zu eigen gemacht, Herriot habe Saarlouis annectieren wollen.“ Es ist leider ein Zeichen der Zeit, daß eine gewisse Kategorie sogenannter deutscher Blätter gerade in der Vertretung der deutschen Interessen in den besetzten, gefährdeten und bedrohten Gebieten stets oder fast ausschließlich Schulter an Schulter mit unseren ärgsten Feinden kämpfen. Für diese Sorte sogenannter deutscher Blätter und der hinter ihr stehenden bekannten und unbekannten Persönlichkeiten ist eine Tat und ein Wort eines Ausländers immer ein Evangelium, die Tat und das Wort eines Deutschen und selbst wenn er Minister ist, aber stets ein ausgemachter Schwindel. Daß diesen Leuten nicht schon seit Jahren das Handwerk gelegt wurde, ist eine Tatsache, über die man sich leider nur in Deutschland anscheinend keine Kopfschmerzen macht. Ein Herr von Gerlach, der in den Tagen, da Deutschland vor schweren neuen Diktatsbestimmungen der Entente steht, in Frankreich umherreißt und Reden hält, ist nicht der Mann, der den Saarlouisern Schwindel vorwerfen kann, dazu hat dieser laubere Herr viel zu wenig deutsches Empfinden. Es kommt vielleicht eine Zeit, wo auch mit diesem Herrn einmal gründlich auf Grund der Strafgesetzbestimmungen abgerechnet werden wird.

Das Saargebiet in der deutschen Presse.

Die Saarfrage gewinnt durch den bevorstehenden 10. Januar eine besonders aktuelle Bedeutung. An dieser Stelle ist wiederholt auf die Tatsache hingewiesen worden, daß mit diesem Termin das Saargebiet zollpolitisch aus dem deutschen Reichsverbande ausscheidet und dem französischen Zollsystem eingegliedert wird. Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß es sich mit dieser zollpolitischen Abschnürung letzten Endes um einen weiteren Schritt auf dem Wege der politischen Loslösung des Saargebietes von Deutschland handelt. Trotz dieser für Deutschland politisch und wirtschaftlich so bedeutsamen Tatsache muß dennoch festgestellt werden, daß in der deutschen Presse davon so gut wie keine Kenntnis genommen worden ist. Der Tag des 10. Januar mit seinen bedeutsamen Erscheinungen wird leider vorübergehen, ohne daß man von dieser Bedeutung in der deutschen Presse etwas wahrnimmt. Es zeigt sich eben aufs Neue, daß das Saarproblem für das deutsche Volk im allgemeinen und für die deutsche Politik im besonderen ein Buch mit sieben Siegeln ist. Man geht an seine Behandlung nicht heran, weil man die ganze Saarfrage nicht versteht. Inwieweit die zuständigen deutschen Amtsstellen hieran ungewollt eine gewisse Schuld tragen, mag unerörtert bleiben. Für einen gewissenhaften Publizisten wäre es dennoch ernste Pflicht, nicht zu rasten und nicht zu ruhen, bis das Saarproblem in der deutschen Öffentlichkeit eine allen Kreisen geläufige Frage ist, die man in allen Einzelheiten, in allen politischen Wirkungen beherrscht. Aber leider ist das nicht der Fall. Es fehlen die Voraussetzungen für diese

Kenntnis, es fehlen die Mitarbeiter, die diese Kenntnis verbreiten, und es fehlt, leider muß es gesagt werden, in vielen Fällen auch der gute Wille, in dieser Frage Aufklärung zu geben. Wäre das nicht der Fall, so könnte es z. B. nicht passieren, daß angeht die Eingaben der Stadtverordneten von Saarlouis in der Frage der beabsichtigten Annexion der Stadt Saarlouis mit sieben Bürgermeistereien zwei Berliner Zeitungen und dazu noch ein Wochenblättchen unrühmlichster Art, diesen Beschluß der Saarlouiser Stadtverordneten als Leichtfertigkeit, Fahrlässigkeit und sogar als Schwindelmannöver bezeichnen konnten. Man möchte fast annehmen, daß hier eine bestimmte Absicht vorliegt, da es sich in einem Falle um dasselbe Blatt handelt, das während des Beamtenstreiks im Jahre 1920 den deutschen Beamten an der Saar in ihrem Existenzkampf durch eine Artikelserie im Sinne der Regierungskommission in den Rücken fiel.

Es ist unter diesen Umständen natürlich nicht verwunderlich, daß sich mit der Saarfrage auch Leute beschäftigen, teilweise in bester Absicht, teilweise aber, um nicht ohne weiteres erkennbare politische Nebenabsichten zu verfolgen, und damit dem Saargebiet und der Saarbevölkerung den schlechtesten Dienst erweisen, die nicht dazu berufen sind. Ueber das Saargebiet muß daher im deutschen Volke eine Unkenntnis aufkommen, die außerordentlich zu bedauern ist. Auf der anderen Seite muß die französische Propaganda mit der Zeit zu der Auffassung gelangen, daß man in Deutschland für das Saargebiet nur geringes Interesse hat. Wir verkennen keinen Augenblick den guten Willen und die besten Ab-

haben zahlreicher deutscher Zeitungen und Zeitschriften, die sich mit dem Saargebiet befassen. Aber nur in wenigen Fällen ist man über die ganze Materie so unterrichtet, daß die Aufsätze immer den jeweiligen Stand der Saarfrage wiedergeben. So behandelt der „Deutsche Wille“, eine in Berlin erscheinende Halbmonatszeitschrift, „Die Wirtschaft des Saargebiets und ihre Entwicklung unter der Völkerbundherrschaft“. Der Aufsatz gibt zweifellos einen gewissen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung des Saargebiets nach dem Diktat von Versailles, läßt aber die politische Bedeutung dieser Entwicklung völlig außer Betracht. Er führt auch das Chaos im Saargebiet in der Hauptsache auf dieährungsfrage zurück, ohne besonders die Tatsache herauszuarbeiten, daß der Annexionswille Frankreichs und die französische Politik der Saarregierung ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten des Saargebiets die wirtschaftliche Katastrophe an der Saar herbeigeführt haben. Es ist vielleicht politisch auch nicht ganz richtig, wenn der Aufsatz in folgender Schlussbetrachtung ausklingt: „Die Saarwirtschaft taumelt von einer Krise in die andere: Währungsumstellungen, zweimaliger Währungsverfall und Umorientierung des Abfahes sind die Hauptmomente, unter denen die Saar leidet. Zurzeit gibt es nur ein — wenn auch nur vorübergehendes — Heilmittel: weiteres Sinken des Franken. Damit ist aber wohl nicht zu rechnen.“

Die Zollabschnürung vom Deutschen Reiche wird nächstens Tatsache. Rohstoffbezug und Abfah werden hierdurch weiter er-

schwert werden. Hierzu tritt eine — durch das eigenartige Verhalten der Bank von Frankreich verschärfte — Kreditkrise.“

Nur der letzte Absatz läßt ganz leise ahnen, daß hinter dieser wirtschaftlichen Umstellung eine politische Absicht sich verbirgt, die das wirtschaftliche Unheil über das Saargebiet gebracht hat. Es wird nämlich in dem erwähnten Absatz gesagt:

„Das Bild sieht trübe aus; es rückt sich eben, daß man ein Stück Land aus einem Organismus herausriß und es zwangsläufig einem anderen einfügen wollte. Die Gesetze der Wirtschaft sind die härteren, sie weisen nach Deutschland! Das Saarland leidet jetzt unter dem Druck dieser französischen Politik, aber dieses Leiden wird dem Saarvolk die Ueberzeugung wieder verstärken, daß nur im Verbleiben bei Deutschland die Linie der Entwicklung gesucht werden kann.“

Schon aus diesem kleinen Beispiel ergibt sich, wie wenig grundlegend man in der Regel in Deutschland die Saarfrage behandelt und wie wenig politische Klugheit angewendet wird, um die Verhältnisse an der Saar so zu zeigen, wie sie wirklich sind, ohne dabei Fehler zu begehen, die dem Saargebiet und dem Kampf seiner Bevölkerung um sein Deutschtum schaden müssen. Es ist daher kein Wunder, wenn in weiten Kreisen des deutschen Volkes völlig verworrene Ansichten über das Saargebiet herrschen.

Die Saarregierung am Dranger.

Politischer Geheimdienst der Saarregierung gegen die Saarbevölkerung und gegen Deutschland.

In unserer letzten Nummer teilten wir bereits kurz mit, daß in der Saarbrücker Zeitung der politische Spitzel der Saarregierung, Kennel, seine Erlebnisse als solcher veröffentlichte. An sich soll man den Veröffentlichungen, Bekenntnissen und Mitteilungen von Spitzeln nicht allzu große Bedeutung belegen. Hier handelt es sich aber offenbar um die Bekenntnisse eines Menschen, der wegen nicht befriedigter Forderungen durch seine Auftraggeber sich an diese rächen wollte. Wir wollen auch dahingestellt sein lassen, ob Kennel mit dieser Veröffentlichung sich die Wege im unbesetzten Deutschland wieder ebnen wollte, um dann erneut sein schändliches Handwerk gegen Deutschland und das deutsche Volk um so erfolgreicher fortsetzen zu können. Wir wollen es ferner dahingestellt sein lassen, ob nicht hinter dieser Veröffentlichung ein Racheakt des verächtlichen Putzschmieds Rauter steckt, der Herrn Rauter unmöglich machen wollte, weil ihm seine Politik den französischen Annexionsgelüsten nicht zuträglich erscheint. Abgesehen von allen diesen Vorbehalten, halten wir diese Veröffentlichung als das Ungeheuerlichste, was seit Jahrzehnten auf diesem Gebiet geleistet worden ist. Daß es im Völkerbundland an der Saar geschah und die Veröffentlichung die Verwaltungsmethoden bloßlegt, die eigentlich unter dem Namen des Völkerbundes gehen, ist daran das Gröteste, was kaum den Völkerbund empfehlen dürfte. Nicht nur, daß Herr Rauter mit seinen Maßnahmen, die durch Kennel angedeutet werden, beweist, in welcher schamlosen Weise er sich gegen die Bevölkerung verhält, er hat es sogar fertig gebracht, sich auf geradezu verbrecherischer Weise bestehlen und selbst angeordneten Materials zu bedienen, um seinen hohen Auftraggeber, den Völkerbund, zu täuschen, zu belügen und zu betrügen. Wir wissen nicht, was einem Beamten in einem geordneten Staatswesen widerfahren wäre, wenn er eine ähnliche Tätigkeit ausübt, d. h. Mißbrauch seines Amtes und der ihm anvertrauten Gelder getrieben hätte. Hier liegt nicht ein Amtsvergehen, sondern ein Amtsverbrechen vor, das mit Zuchthaus bestraft werden müßte. Denn was tat Herr Rauter?

Er bediente sich eines Spitzels, also eines ehrlosen Menschen, einer Kreatur, die gegen Entgelt Vaterland und Volk verrät. Bediente sich dieses Menschen, um durch ihn Schriftstücke nach Angaben herzustellen, diese durch eine fingierte „Hausdurchsuchung“ bei diesem Kennel „finden zu lassen“ und auf Grund dieses „gefundenen Materials“ dem Völkerbund einen langen Bericht zu unterbreiten, in dem er „nachweist“, daß im Saargebiet deutsche nationalistische Terrororganisationen bestehen, die es nicht nur auf das Leben dieses ehrenwerten Herrn Rauter, sondern auf die ganze politische Organisation des Saargebiets, also auf den Versailler Vertrag abgesehen haben, um mit Waffengewalt (!!) das Saargebiet wieder an Deutschland anzugliedern. Das berichtet Herr Rauter in einem dienstlichen Schreiben an den Völkerbund unter Hinweis auf dieses bei Kennel „gefundene“ Material, von dem er wußte, daß es gefälscht und extra für diesen Bericht an den Völkerbund hergestellt worden ist. Mit

diesem Material „begründete“ er seine in der ganzen gestitteten Welt äußerst angefeindete Notverordnung zum Schutze der Saarregierung. Es läßt sich kaum in einem Aufsatz aufzuführen, was an Schuftigkeit, Niedertrachtigkeit und Lumperei durch diese Kennelschen Bekenntnisse aufgedeckt wird. Wir haben den Veröffentlichungen der Saarbrücker Zeitung bis jetzt abwartend gegenübergestanden, um nicht vorschnell ein Urteil zu fällen, das vielleicht doch nicht angebracht ist. Wir haben bis heute vergebens darauf gewartet, daß von Seiten der Saarregierung, von Seiten der obersten Polizeiverwaltung des Saargebiets eine Richtigstellung erfolgte, eine Erklärung gegeben, ein Verfahren eingeleitet würde, gegen die Verbreiter dieses Bekenntnisses. Es ist nichts geschehen. Damit bekennt sich die Saarregierung schuldig. Die politischen Parteien des Saargebiets haben die in jenen Tagen in Rom weilende Saardelegation zum Völkerbundsrat unter Unterbreitung dieses Materials angewiesen, den Völkerbundsrat zu ersuchen, sofort eine Kommission zur Untersuchung dieses unerhörten Skandals in das Saargebiet zu entsenden. Der Völkerbundsrat hat das nicht getan, obwohl er Gelegenheit dazu hatte. Er hat sogar eine Vertragsverletzung der Saarregierung, wie sie die Schulmaßnahmen darstellen, bestehen lassen und in schonender Weise die Saarregierung gebeten, keine unnütze Beunruhigung in die Bevölkerung hineinzutragen. Das ist alles, obwohl man darüber unterrichtet war, mit welchen Mitteln die Saarregierung gegen Wahrheit und Vertrag arbeitet. Damit macht sich der Völkerbund mitschuldig an dem Verbrechen der Saarregierung.

Für Deutschland und besonders für die deutsche Regierung ergibt sich damit die Frage, ob es angesichts dieser Einstellung des Völkerbundrates im Interesse des Ansehens Deutschlands angebracht erscheint, weiterhin seinen Beitritt zum Völkerbund zu betreiben. Das mindeste, was Deutschland neben den bereits festgesetzten Voraussetzungen verlangen kann und muß, ist, daß die Saarfrage eine Behandlung findet, die dem Buchstaben und Geist des Saartatuts gerecht wird, daß der Völkerbund wirklich eine Instanz für Recht, Wahrheit und Frieden darstellt, die keine Korruption in der Art, wie sie in der Saarregierung sich breit macht, duldet. Deutschland darf sich durch seinen Beitritt zum Völkerbund nicht auch mitschuldig machen an jenen Verbrechen, die durch die Kennelschen Berichte ans Tageslicht gezogen sind.

Die Saarregierung schweigt.

Wie die „Landes-Zeitung“ von gut unterrichteter Seite erfahren haben will, hat der Präsident der Regierungskommission einschneidende Veränderungen in der Obersten Polizeiverwaltung in Aussicht genommen. Der

Wenn jeder Leser uns nur zwei neue Leser zuführt, so unterstützt er damit wirksam unsere Arbeit!

durch die Kennel-Affäre schwer belastete Herr Rollin hat den in solchen Fällen üblichen „Urlaub“ bereits angetreten. Herr Rollin hat Saarbrücken (hoffentlich auf Nimmerwiedersehen! Anm. der Red.) verlassen. — Herr Präsident Rault soll die Absicht haben, einen schon vor längerer Zeit in Erwägung gezogenen Vorschlag über eine vollständige Reorganisation der Obersten Polizeiverwaltung der Regierungskommission in allernächster Zeit vorzuschlagen. Die „Saarb. Ztg.“ bemerkt hierzu, daß sie bisher vergeblich auf irgendeine Stellungnahme der Regierungskommission zu den veröffentlichten Enthüllungen gewartet habe. Bestätigte sich die obige Meldung, dann hätten die Enthüllungen ihre Wirkungen nicht verfehlt. Aber nicht nur bei der Obersten Polizeiverwaltung, sondern auch in der Verwaltung der Saarbrücker Schuhmannschaft sei eine Säuberung dringend notwendig, wie der Prozeß gegen Dörfert erwiesen hat. Eine Korruption zeige sich hier der Öffentlichkeit, die endlich der Regierungskommission die bisher verschlossenen Augen öffnen müsse, daß das bisherige System nicht fortgesetzt werden kann. Ein Gutes habe aber der Prozeß Dörfert zutage gefördert, nämlich, den Beweis, daß nur die einwandfreie Klarstellung vor Gericht die Möglichkeit bietet, den wirklich wahren Sachverhalt zu ermitteln. In dem Falle der Beschwerden gegen die Schulverwaltung habe die Regierungskommission noch einmal versucht, diesen einwandfreien Rechtsweg zu versperren und mit einem Disziplinarverfahren ihr unangenehmen Enthüllungen auszuweichen. Sie werde auch hiermit einen Erfolg nicht erzielen. Das System, dessen Unhaltbarkeit heute vor allen Augen liegt, ist in seinem Ursprung mit auf die Zeit des Amtsantritts der Regierungskommission zurückzuführen. Die Ablehnung der Verantwortung für Sünden, wie sie durch die verschiedenen Prozesse bloßgelegt wurden, müsse aber in öffentlich klarer Form geschehen, wenn sich ein Vertrauen zu bestimmten Personen bilden solle. Es genüge nicht, wenn der Präsident einige Sündenböcke in die Büsche schießt, er selbst müsse nachweisen können, daß er, wenn er auch die Verantwortung für die von ihm ausgewählten Beamten von sich abzuwälzen vermag, persönlich mit den recht üblen Handlungen seiner Organe nichts zu tun habe. Der Völkerratsrat

könne ihn unmöglich an der Spitze der Verwaltung belassen, wenn dieser Nachweis nicht klar vor aller Öffentlichkeit erbracht werde.

Zu den...

Berschwinden des Herrn Rollin aus dem Saargebiet

erhält die „Saarb. Landeszeitung“ eine Zuschrift, in der es u. a. heißt:

Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß Herr Rollin sich schwere Verfehlungen gegen das Strafgesetzbuch hat zuschulden kommen lassen. Die Fälschung von Pässen ist zweifellos schwere Urkundenfälschung, die Ausübung von Spionage für ein anderes Land ist nach den im Saargebiet bestehenden deutschen Gesetzen ebenfalls bei schwerer Zuchthausstrafe verboten. Daß Herr Rollin derartige Spionage ausgeübt hat, dürfte wohl auch dadurch bewiesen sein, daß in Bayern bereits solche Personen, die Herrn Rollin zu Spionagematerial geliefert haben, rechtskräftig verurteilt worden sind. Es ist daher höchst erstaunlich, daß trotz der offen zutage liegenden Verfehlungen des Herrn Rollin keine Stelle der Regierungskommission und auch nicht der zuständige Staatsanwalt eingeschritten ist. Hier einzuschreiten war aber nicht nur das Recht, sondern Pflicht der betreffenden Stellen. Der Spitzel Kennel hatte in seinen Veröffentlichungen auch Vorgefekten des Herrn Rollin und einem Regierungsbeamten in allerhöchster Stellung Begünstigung dieser Spitzeltätigkeit vorgeworfen. Es verlautet noch nichts darüber, daß die Regierungskommission, die sonst mit der Einleitung von Disziplinarverfahren sehr schnell bei der Hand ist, gegen diese pflichtvergessenen Beamten ein Disziplinarverfahren eingeleitet hat, da diese Beamten scheinbar es nicht für nötig gehalten haben, sich durch Beantragung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst von dem auf ihnen ruhenden Verdacht zu reinigen.

Die oberste Polizeiverwaltung im Dienste der französischen politischen Polizei.

In dieser Stelle haben wir bereits mehrfach Dokumente zum Abdruck gebracht, die nachweisen, daß die oberste Polizeiverwaltung für das Saargebiet unter dem französischen Chauvinisten Adler nicht ihre Aufgabe darin erblickt, für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen, und für die Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung bemüht zu sein, sondern lediglich in der Betätigung als Spitzelzentrale und als Handlangerinstitut für die französischen Annexionspolitiker. Im vorigen Jahre wandte sich der berühmte Herr Adler bekanntlich mit einem Brief an die internationalisierte Rheinlandskommission, in dem er diese ersuchte, die Ausreise saarländischer Turner zum deutschen Turnfest in München durch besondere Passvorschriften zu erschweren oder unmöglich zu machen. Die Rheinlandskommission hat selbstverständlich diesem Ersuchen gern stattgegeben. Vor kurzem wurde dann ein Brief desselben Herrn Adler bekannt, den dieser in seiner Eigenschaft als oberster Polizeiverwalter des Saargebiets an den Direktor des berühmten Zuchthauses St. Martin de Ré schrieb und in welchem er ihn ersuchte, dem in dem genannten Zuchthause gefangen gehaltenen Gustav von Detinger nicht zu gestatten, daß er mit seinen Angehörigen, soweit sie über seine Eltern hinausgehen, in Briefverkehr tritt. Die „Saarbrücker Zeitung“ war in der Lage, diesen Brief in deutscher Uebersetzung im Wortlaut wiederzugeben, wir lassen ihn hier als Kennzeichen, wie der Name des Völkerrats und die Aufgabe, die dieser an die von ihm ernannte Kommission erteilt hat, mißbraucht, ebenfalls im Wortlaut folgen:

Regierung des Saargebiets. Saarbrücken, den 27. Februar 1924.
Direktion der öffentlichen Sicherheit.

Nr. 2724 S.

Geheim.

Es wird gebeten, alle Mitteilungen an Herrn Adler, Direktor der politischen Sicherheit in Saarbrücken, Postbezirk 19, zu richten.

Der Direktor der öffentlichen Sicherheit.

An den Herrn Direktor der Strafanstalt in Saint-Martin de Ré.

Ein gewisser Gustav von Detinger, gegenwärtig in der Strafanstalt von St. Martin de Ré unter Nr. 2564, Werkstatt 3 aufhältlich, hat an seine Familie in Saarbrücken geschrieben und gebeten, Ihrer Direktion die Liste seiner zahlreichen Verwandtschaft zukommen zu lassen, um die Erlaubnis zum Briefwechsel mit diesen verschiedenen Personen zu erhalten.

Ich habe heute Herrn Detinger senior auf seinen Antrag eine Bescheinigung mit Angabe der Namen, Vornamen und des Wohnsitzes seiner Familienangehörigen nach der Volkszählung und nach den ständesamtlichen Unterlagen erteilt.

Der in Haft befindliche Oskar Gustav von Detinger ist vom Kriegsgericht in Mainz zu zehn Jahren Zwangsarbeit wegen Spionage verurteilt worden.

Seine Familie ist sehr angesehen, ist aber grunddeutsch.

Falls von Detinger nach der Anstaltsordnung mit allen Personen, die auf der von mir ausgefertigten Bescheinigung erwähnt sind, in Schriftwechsel treten könnte, beehre ich mich, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß es gleichwohl von Interesse sein dürfte, diesen Schriftwechsel auf seine Eltern allein zu beschränken.

Vom deutschen Standpunkte aus wird nämlich der Verurteilte als Opfer seiner Vaterlandsliebe und sozusagen als ein Held betrachtet, um so mehr, als er im Laufe seines Prozesses



Was jeder Deutsche vom Saargebiet und Bund „Saar-Verein“ wissen muß

sagt das von der
Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin
herausgegeben

**Merkblatt mit Bildern
und
Karte des Saargebiets.**

Die Sache des Bundes „Saar-Verein“ muß Sache des ganzen deutschen Volkes werden, jeder gute Deutsche, besonders aber jeder, der im Saargebiet geboren ist oder im Saargebiet gelebt hat, soll und muß Mitglied des Bundes „Saar-Verein“ oder seiner Ortsgruppen werden. — Mitgliedsanmeldungen für den Bund „Saar-Verein“ sind zu richten an die:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Fernspr.: Lützow 2340 Königsgräber Straße 94 Fernspr.: Lützow 3240

eine sehr mutige und, wie man sagen muß, sehr würdige Haltung an den Tag gelegt hat.

Aus diesem Grunde scheint es mir nicht angezeigt, von Detinger die Möglichkeit zum Briefwechsel mit anderen Personen als mit seinem Vater und seiner Mutter zu erleichtern, um nicht auf diese Weise sowohl seine Volkstümlichkeit zu erhöhen wie die feindselige Gesinnung zu verstärken, die das gegen ihn ergangene sehr strenge Urteil bei der Bevölkerung gegen Frankreich hervorgerufen hat.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie dieses Schreiben als streng vertraulich betrachten und nicht zu den Akten des Verurteilten nehmen wollten, falls diese Akten zu irgendeinem Zeitpunkt einem Verteidiger oder gar einer fremden Person, z. B. einem Mitglied des Roten Kreuzes, mitgeteilt werden sollten, und zwar in Anbetracht des internationalen Charakters der Regierung des Saargebiets, die unter der Kontrolle des Völkerbundes steht.

Genehmigen Sie, Herr Direktor, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Adler erkennt in seinem Brief die materiellen Beweggründe des Herrn von Detinger anstandslos an. Seine Familie ist sehr angesehen, sagt er, aber grunddeutsch. Und gerade daß die Familie Detingers grunddeutsch ist, war Herrn Adler Anlaß genug, um dem ohne Rechtsgrund lediglich auf Grund von Angaben eines Spitzels zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilten Gustav von Detinger die Mutter in dem französischen Zuchthaus noch dadurch zu vergrößern, daß er ihm sogar die kleine Wohltat zu nehmen versuchte, mit seinen Angehörigen in Briefwechsel zu treten. Das sind die Leute, für die mittelbar der Völkerbund verantwortlich ist, deren Schandtat auf das Konto des Völkerbundes geschrieben werden müssen. Es ist nicht das erstemal, daß über diesen Adler Klagen über mißbräuchliche Anwendung seiner Amtsbefugnisse, über Mißhandlungen und politische Mißgriffe dem Völkerbund bekannt geworden sind. Er hat es trotzdem nicht für notwendig erachtet, hier eine Aenderung eintreten zu lassen. Von der Regierungskommission, besonders von Herrn Rault, dessen Ressort Herr Adler unmittelbar unterstellt ist, konnte nicht erwartet werden, daß sie gegen dieses Amtsverbrechen einschritt. Die Regierungskommission hat ein Interesse daran, solche Beamte zugunsten Frankreichs schalten und walten zu lassen. Davon zeugt ein dritter Brief, der ebenfalls von der „Saarbrücker Zeitung“ veröffentlicht wird und der darauf hinausläuft, die französische politische Polizei zu veranlassen, einen gegen den saarländischen Grubenindustriellen Dr. Hermann Röchling zurückgenommenen Haftbefehl wieder in Geltung zu setzen. Der Brief hat nach der Uebersetzung folgenden Wortlaut:

(Uebersetzung nach dem französischen Original.)

Gouvernement du Territoire
de la Sarre
Direction de la Sûreté Publique
Nr. 4068.

Der Direktor der Obersten Polizeiverwaltung
an den Herrn Direktor der Sûreté Generale
in Paris.

Bezugnehmend auf meine früheren Berichte betr. den Industriellen Hermann Röchling in Völklingen-Saar und ganz besonders meinen letzten Bericht vom 17. 11. 1922, beehre ich mich, Sie darauf hinzuweisen, daß das Bulletin Criminel (Fahndungsblatt) Nr. 796 vom 29. 1. 1923 eine Anweisung zur Fahndungseinstellung gegen Genannten (Seite 31, Signalement 46.528 Bulletin 609) enthält.

Hierzu erlaube ich mir die gegenwärtige justitiarische Situation der Gebrüder Röchling festzustellen, wie sie sich aus den hier befindlichen Akten ergeben dürfte und wie ich dies schon in meinem Bericht vom 17. 11. 1922 genau dargelegt hatte.

Am 23. 12. 1919 verurteilte das Kriegsgericht zu Amiens den in Haft befindlichen Robert Röchling zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Millionen Geldstrafe und verhängte im Abwesenheitsverfahren die gleichen Strafen gegen Hermann Röchling. Da die Verurteilten hiergegen Berufung einlegten, hob der Oberste Gerichtshof das Urteil auf, da die Untersuchung insofern ungültig war, als der Protokollführer beim Kriegsgericht in Amiens nicht den gesetzlich festgelegten Bedingungen entsprach.

Die Angelegenheit wurde an das Kriegsgericht in Nancy verwiesen und die Untersuchung vollständig neu aufgenommen.

Die Gebrüder Röchling ließen nun durch ihre Rechtsanwälte eine Erklärung abgeben, die eine gänzliche Umstellung des Prozesses bedingte. Unter Berufung auf eine offizielle Erklärung des Marschalls Foch in Spa argumentierten sie, daß die Verantwortung für die von ihnen in Frankreich begangenen Handlungen den deutschen Generalfstab und die Persönlichkeiten des früheren Kriegsministeriums in Berlin treffe, deren Befehle sie in ihrer Eigenschaft als Reserve-Offiziere lediglich vollzogen hätten. Diese Schlussfolgerung war von den Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles hergeleitet, welche die Ver-

folgung der Verantwortlichen seitens der Alliierten für die im besetzten Gebiet während des Krieges begangenen Handlungen betreffen; diese Bestimmungen schalten alle diejenigen aus, die bei diesen strafbaren Handlungen nur als ausführende Organe in Frage kommen.

Am 12. Oktober 1920 unterzeichnete der General Paulmier, Militärgouverneur von Nancy, einen Beschluß zur Einstellung des Verfahrens gegen Robert Röchling, der sofort auf freien Fuß gesetzt wurde, nachdem er eine Untersuchungshaft von 22 Monaten in Amiens und in Nancy erlitten hatte.

Was aber nun Hermann Röchling betrifft, so kann für diesen in Anbetracht seiner Verurteilung im Abwesenheitsverfahren und da er übrigens sich bisher weigerte, seine Strafe abzuhängen, die Einstellung des Verfahrens nicht in Frage kommen.

Es scheint also hier eine Verwechslung vorzuliegen und dürfte die Fahndungseinstellung nicht Hermann Röchling, gegen den der Haftbefehl weiter bestehen bleibt bis zur Erledigung, sondern seinen Bruder Robert Röchling, der im Fahndungsblatt Nr. 595 Stück 54.130 aufgeführt ist, betreffen.

Der Letztere ist übrigens dort mit Vornamen Ludwig anstatt Robert eingetragen.

Wenn man die verschiedenen Schritte des Herrn Adler, soweit sie bekannt geworden sind — was Herr Adler sonst noch gegen die deutsche Bevölkerung des Saargebiets und gegen die deutschen Interessen im Saargebiet getan haben mag, was aber der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden ist, kann man sich nach diesen Proben ungefähr ausmalen — vergleicht, so muß man zu der Auffassung kommen, daß er nicht als Beamter der Saarregierung bzw. des Völkerbundes dort hingesetzt wurde, sondern lediglich als politischer Geheim-Beamter Frankreichs, der Aufpasser, Spitzel- und Spionendienstleistungen sollte. Man würde darüber hinwegsehen haben, wenn ein derartiger Fall sich zugetragen hätte und die Regierungskommission hätte nach Bekanntwerden den betreffenden Beamten zur Rechenschaft gezogen. Nachdem aber jetzt drei derartige Maßnahmen des Obersten Polizeiverwalters des Saargebiets vorliegen, ohne daß die Regierungskommission auch nur andeutungsweise eine Maßregelung des Herrn Adler vorgenommen hat, kann man nicht anders als annehmen, daß die Saarregierung mit diesen Maßnahmen des Herrn Adler einverstanden ist. Das muß man um so mehr annehmen, als ja durch die Veröffentlichungen des Spitzels Kennel bekannt geworden ist, welche unglaublichen ähnlichen Amisvergehen sie sich bereits zuschulden kommen ließen. Das aber sind Dinge, die nicht mehr länger ertragen werden können. Es bleibt abzuwarten, welche Schritte die politischen Parteien des Saargebiets in dieser Angelegenheit unternehmen werden. Eines aber halten wir heute schon für notwendig, damit der Saarregierung später nicht die Rechtfertigung bleibt, die deutsche Regierung habe sich jahrelang stillschweigend mit einem derartigen Gebahren einverstanden erklärt, daß nämlich die deutsche Regierung energig bei Völkerbund Beschwerde darüber erhebt, daß die Saarregierung in dieser Weise ihren Auftrag, die Rechte und die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sichern, ausübt. Herrn Adler könnte man nur insofern einen Vorwurf machen, wenn er der Auffassung gewesen wäre, gegen den Willen der Saarregierung diese Briefe geschrieben zu haben. Man kann ihm aber direkt deshalb keinen Vorwurf machen, weil festzustellen scheint, daß die Saarregierung ihn zu solchem Tun veranlaßt hat. Da hier ein großer Vertrauensbruch vorliegt, muß der Völkerbund erachtet werden, diesem Skandal durch Abberufung der schuldigen Regierungskommissare ein Ende zu machen. Es ist wahrlich das Maß voll genug. Schweigen und Abwarten wäre ein Verbrechen gegen die Bevölkerung des Saargebiets.

*

Dörffert zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken hatten sich in dreitägiger Verhandlung der bisherige Polizeimajor Dörffert und Genossen zu verantworten.

Dörffert wurde vorgeworfen, daß er den flüchtigen Bankdirektor Gajewski, gegen den ein Haftbefehl vorlag, durch Nichtausführung des Haftbefehls der Strafe entzogen, und sich weiter der Beihilfe zur Unterschlagung schuldig gemacht habe, weil er durch Ausstellen eines Ausfuhrscheines den Abtransport gepfändeter Möbel ermöglichte. Weiter wird ihm vorgeworfen, Geschenke angenommen und Frau Maas zu einer falschen Unterschrift veranlaßt zu haben. Schließlich wird ihm Mißbrauch der Amtsgewalt oder Androhung des Mißbrauchs und Verleitung zum Meineid bei zwei Beamten vorgeworfen.

Seinem mitangeklagten „Adjutanten“ Oberwachmeister Reimsbacher wird vorgeworfen, bei der Unterschlagung des Pfandgutes Beihilfe geleistet und eine Urkunde fälschlich angefertigt zu haben.

Der Frau M. a. d. wird Leistung einer falschen Unterschrift vorgeworfen.

Das Urteil lautete unter Zusammenziehung der Einzelstrafen gegen den Angeklagten Dörffert, indem eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und der Fähigkeit öffentliche Ämter zu bekleiden, auf die Dauer von 5 Jahren ausgesprochen wird. Die Angeklagten werden außerdem zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt, soweit nicht Freisprechung erfolgt ist.

Frau M. a. d. wird wegen einfacher Urkundenfälschung zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, die durch die Unter-

suchungshaft verbüßt erachtet werden. Der Angeklagte Reimsobach erzielte Freispruch.

Die Verhandlung ergab ein erschütterndes Bild tiefter sittlicher und moralischer Verkommenheit eines Mannes, der mehrere Jahre hindurch für Ruhe, Ordnung und Sicherheit der Großstadt Saarbrücken verantwortlich war. Daß unter seiner Leitung die Korruption innerhalb der Schutzmannschaft einzuwirken mußte, die z. T. wußte, welcher Art das jügellose Treiben ihres „Chefs“ war, ist nur zu verständlich. Die Korruption, die unter den Judasgeldern französischer Annexionspolitik großgezogen wird, muß, wenn da nicht bald Einhalt getan wird, ins Uferlose steigen. Auch ein „Erfolg“ völkerverbundlicher Saarregierung.

Der Kampf um Notton.

Unter dieser Überschrift befaßt sich die „Saarbrücker Zeitung“ in Nummer 332 erneut mit dem aus der Zentrumsparlei ausgeschlossenen Leiter der Schulabteilung der Saarregierung, Prof. Notton. Es wird unter anderm gesagt: Wir betrachten es als einen unhaltbaren Zustand, daß ein Mann, der nicht von dem Vertrauen der Bevölkerung getragen ist, auf einem Posten verharrt, für den zu einer erspriechlichen Verwaltung gerade das Vertrauen dieser breitesten Kreise eine Voraussetzung sein sollte. Lediglich das unbeschränkte Vertrauen der Regierungskommission steht Herrn Notton zur Seite und erhält ihn auf seinem Posten, ein Umstand, der im Saargebiet geeignet ist, das sachlich begründete Mißtrauen gegen Notton zu verschärfen, da gerade auf dem Gebiete der Schule die Tendenz der Regierungskommission gegen die Interessen der Saarbevölkerung gerichtet ist. So frist sich denn das Mißtrauen gegen Notton immer weiter, der enge Kreis persönlicher Befürworter um ihn wird kleiner und kleiner, die Zentrumsparlei rückt von ihm gefühllos ab und will keine Gemeinschaft mit ihm haben. Schließlich steht er allein auf weiter Flur, eine Säule nur der Regierungskommission, die ihre schützende Hand über ihn hält und ihn dadurch der Saarbevölkerung noch verdächtiger macht. Glaubt Herr Notton wirklich, sich gegen diesen Strom der Ueberzeugung stemmen zu können, glaubt er wirklich, daß er seine Haltung einmal irgendwie zu rechtfertigen vermag, glaubt er, daß die Stelle, die ihn heute zwar zu halten und zu stützen vermag, das Urteil über ihn zu verhindern in der Lage ist, ein Urteil, das schon heute in seiner Ausscheidung aus einer Parteigenossenschaft mit ausgesprochen ist, die ihm eigentlich nahesteht sollte. Wir halten die Position Nottons für unhaltbar und verloren, und wenn auch Herr Nault sich in seiner ganzen Breite schützend vor ihn stellt.

Herr Notton versucht es, mit allerhand Erklärungen seine Handlungsweise zu rechtfertigen, aber immer wieder muß er es erfahren, daß diese seine Versuche vor den Beweisen und Darstellungen seiner eigenen Glaubensgenossen in nichts zerflattern und daß er nach jeder solchen Auseinandersetzung der Gegensätze in der Öffentlichkeit auf dasselbe Urteil stößt, daß gerade er als „treuhänderischer“ Verwahrer der deutschen Schule die größte Gefahr für diese Schule ist. Die „Kölnische Volkszeitung“, das führende katholische Blatt in der Rheinprovinz, das man wahrlich nicht als Träger leichtfertiger und unberechtigter Anschuldigungen bezeichnen kann, veröffentlichte Anfang November einen Artikel „Deutsche Wacht an der Saar“, der einen längeren Rechtfertigungsversuch Nottons in diesem Blatte zur Folge hatte, aber wieder mit einer Niederlage Nottons endete, da in einer eingehenden Widerlegung die Anschuldigungen aufrechterhalten wurden. Es wird auch unsere Leser interessieren, von dem Kampfe wider Notton in dem genannten katholischen Blatte Kenntnis zu erhalten, weshalb wir hier das Wesentliche der beiderseitigen Darlegungen wiedergeben wollen.

In dem erwähnten Artikel wird zunächst darauf hingewiesen, wie man im Saargebiet wider den Geist des Versailler Vertrages sogar unsere deutschen Kinder für den französischen Gedanken zu gewinnen sucht, sich also ihrem deutschen Vaterlande zu entfremden versucht. „Die überwiegend französische Verwaltung des Saargebietes könnte — so heißt es in dem Artikel — ihre Französisierungspläne nicht so verschleiert verwirklichen, wenn ihr nicht Leute zur Verfügung ständen, die sich als willige Werkzeuge, sei es bewußt oder unbewußt, mißbrauchen ließen. Ein solches Werkzeug in der Hand der Franzosen ist der jetzige Ministerialdirektor in der Schulabteilung der Saarregierung, Professor Dr. Notton. Notton war ehemals katholischer Religionslehrer am Ludwigs-gymnasium in Saarbrücken — und wie wir hinzufügen, eine der Hauptstützen der Zentrumsparlei, die ihm jetzt den Stuhl vor die Tür gesetzt hat. — Er stammt aus Saarlouis. Als Nachkomme einer alteingewanderten französischen Familie hat er eine besondere Hinneigung zu Frankreich, und er macht kein Geheimnis daraus,

daß ihm ein Franzose lieber ist als ein richtiger Preuße. Belastet aus dem Fall Nuth ist Notton insofern, als er das verräterische Schriftstück damals als „Sekretär der Zentrumsparlei“ unterschrieben hat, ohne es zu sein und ohne zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. So behaupten wenigstens die Leute, die damals in die Angelegenheit mit verwickelt waren. Unter den Teilnehmern einer saarländischen Delegation beim Empfange Poincarés in Saargemünd befand sich auch Notton als Vertreter des „Centre“. Wer ihn dazu beauftragt hat, wissen wir nicht. Daß er mit dem bekannten französischen Major Richert Beziehungen unterhalten hat, ist bekannt. Schwer belastet wurde Notton durch den Bericht des französischen Abgeordneten Ferry, der Notton als einen Freund Frankreichs hinstellte, und der sich (Notton) recht darüber beklagte, keine Unterstützung zu erhalten!“

Es wird dann in dem Artikel weiter behauptet, daß Notton die Einführung des französischen Sprachunterrichts an der deutschen Volksschule ins Auge gefaßt habe. Die Isolierung Nottons sei auf zwei Gründe zurückzuführen, einmal auf seine merkwürdige Verwaltungspraxis und zum anderen auf seine französische Einstellung. Die erstere brachte ihn in einen Gegensatz zu der Lehrerschaft, die letztere zur Gegnerschaft der politischen Parteien, vor allem des Zentrums selbst. Der Artikel schildert dann in großen Zügen den Verlauf des Schulkampfes, der mit der Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen den Bürgermeister der Stadt Saarbrücken gewissermaßen seine „Krönung“ fand. Der Artikel stellt dann fest, daß Notton den Vorwurf des kirchlichen Separatismus nicht werde entkräften können, die einwandfreien Zeugen dafür seien den führenden Zentrumspolitikern bekannt. Auch den staatlichen Separatismus habe Notton gewollt. Für die Erhaltung der deutschen Schulen habe er nichts getan, für die Förderung der französischen Schulen aber alles. Das Maß sei zum Ueberlaufen voll, die saarländischen Katholiken und das Saarzentrum lehnten sich danach, ja sie brennten förmlich darauf, daß über den Fall Notton jetzt restlos Klarheit nach jeder Richtung geschaffen und die Konsequenzen daraus gezogen werden. Die deutsche Wacht an der Saar und die nationale Ehre der katholischen Saarbevölkerung heißen das gebieterisch.

Herr Notton hat zur Erreichung dieser Klarheit und der daraus zu ziehenden Konsequenzen nichts getan, denn die Beantwortung eines unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit sich vollziehenden Disziplinarverfahrens der Behörde, die ihn zu schützen sucht, kann man nicht als einen Schritt zu der hier so gebieterisch verlangten Klärung bezeichnen. Dafür versucht es Herr Notton, durch langatmige Erklärungen, die ihm aber sofort widerlegt werden, seine unhaltbare Position zu retten.

In der Nummer 969 der „Köln. Volksztg.“ vom 13. Dezember veröffentlicht Herr Notton eine Erklärung, die die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen widerlegen soll. Notton behauptet darin, nicht zu wissen, ob seine Familie aus Frankreich stammt. Ein „williges Werkzeug“, das sich mißbrauchen lasse, sei er nicht. Er habe seine eigene Meinung und seinen eigenen Willen, die Regierungskommission habe ihm auch nie etwas zugemutet, was gegen sein Gewissen gegangen sei. Eingebend seines der Regierung geleisteten Treue eides erfülle er redlich seine Berufspflichten und hoffe, auf diese Weise ohne zu lärmern und zu poltern auch seiner Heimat gute Dienste leisten zu können. Bezüglich des Falles Nuth will Herr Notton als Sekretär der Zentrumsparlei, der er wirklich gewesen sei, lediglich die Uebereinstimmung der Abschriften des in Frage kommenden Schriftstücks bezeugt haben, weshalb er den Inhalt nicht zu vertreten gehabt hätte. An der Delegation nach Saargemünd habe er in Vertretung des damals abwesenden Dechanten teilgenommen. Seine Beziehungen zu Major Richert gibt Notton an, will diese Beziehungen aber lediglich im Interesse

viele Saarländer wahrgenommen haben, die von Ausweisungen bedroht oder von solchen betroffen worden waren. Den Grafen Kolbe-Huitfeldt nimmt Kotton warm in Schutz und räumt ihm nach, daß er eine gute kulturelle Politik hier getrieben habe. Der französische Abgeordnete Ferry habe ihm auf eine Anfrage bestätigt, daß er die Ausweisungen, so wie sie in der deutschen Presse gestanden hätten, gar nicht gemacht habe. (Die Angaben in der deutschen Presse stützen sich aber auf wortgetreue Uebersetzung aus einer französischen Zeitschrift, die Ferry niemals widerrufen hat.) Der französische Unterricht sei nicht von ihm, sondern vom Minister eingeführt worden. Ueber die Differenzen mit dem Bürgermeister von Saarbrücken könne er heute nichts sagen, in Rücksicht auf das schwebende Verfahren. Bezüglich des kirchlichen Separatismus, der Kotton vorgeworfen ist, gibt Kotton eine ausführliche Darlegung, aus der hervorgeht, daß er in den Jahren 1919 und 1920, in welcher Zeit viele der Ansicht gewesen seien, daß eine Aenderung in der kirchlichen Verwaltung bevorstehe, sich mit dem Gedanken der Einsetzung eines Weihbischofs im Saargebiet beschäftigt habe, und Gewerkschaftsführern will er die Sorgen über den Bestand ihrer Organisationen damit entkräftet haben, daß er ihnen klarmachte, daß mit einer solchen Ernennung auch die christlichen Gewerkschaften als Siegerin aus dem Kampfe hervorgehen würden. Lediglich aus der Sorge für die katholischen Interessen sei seine damalige Stellungnahme hervorgegangen, die nichts mit politischen Plänen anderer etwas zu tun gehabt habe und diese Stellungnahme werde nicht geeignet sein, ihm den behaupteten Verrat nachzuweisen.

Die Gewährsleute der „Köln. Volksztg.“ weisen demgegenüber Herrn Kotton darauf hin, daß sein Treueid ihn verpflichtet, sein Amt im Sinne der Treuhänderpolitik des Völkerbundes wahrzunehmen. Dieser Eid schließt deshalb auch ein, daß ein Beamter nicht tue, was der Politik zu treuen Händen abträglich oder gar geeignet sei, sie in ihr Gegenteil zu verkehren, d. h. eine Politik zu unterstützen, die mehr oder minder offenkundig letzten Endes auf eine endgültige und dauernde Losreißung des Saargebietes hinauslaufe. Das aber sei gerade der Haupt- und Kernpunkt in dem Kampfe der gesamten deutschen Bevölkerung an der Saar gegen Herrn Kotton. Die Treue gegen das eigene Volk und Vaterland habe Herrn Kotton nach Ansicht von 90 Prozent der Bevölkerung des Saargebietes durch sein politisches Verhalten verlehrt. Herr Kotton hätte die Dinge, die ihm lediglich im Interesse der französischen Abtrennungspolitik zugemutet wurden, zurückweisen müssen. Herr Kotton habe aber bisher noch nie in einer öffentlichen Erklärung betont, daß er auch die im Saargebiet in höchstem Maße gefährdeten deutschen Belange schützen wolle. Bezüglich der Affäre Ruth gehe Kotton um die Kernfrage herum. Er hätte als Deutscher und katholischer Priester die Pflicht gehabt, auf den in den Schriftstücken enthaltenen Landesverrat hinzuweisen und die Beglaubigung abzulehnen. Jeder Kenner der Verhältnisse wisse zudem, daß Herr Kotton mit Herrn Ruth den Inhalt inspiriert und vertreten habe. Während die übrigen Herren, nachdem sie von dem Inhalt Kenntnis genommen, dagegen Einspruch erhoben hätten, habe Herr Kotton bisher allein damals und jetzt geschwiegen und auch in seiner jetzigen Erklärung desavouiere er diesen Inhalt durchaus nicht. Bezüglich der Deputation nach Saargemünd sollte nur festgehalten werden, daß Kotton überall dabei gewesen sei, wo die Franzosen die Hand im Spiele gehabt hätten. Der Dekan von Saarbrücken habe Herrn Kotton nie mit seiner Vertretung beauftragt. Bezüglich der Beziehungen Kottons zu den Franzosen und dem Major Richert wird erklärt, daß diese Beziehungen über die von Kotton geschilderten Hilfeleistungen erheblich hinausgegangen seien. Den Brief Ferrys, auf den sich Kotton berufe, habe er bisher noch niemals veröffentlicht oder einer maßgebenden Persönlichkeit vorgelegt. Die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen Kotton sei nach allgemeiner Ueberzeugung nur eine Farce, um der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Wie könne ein Mann, der wie Kotton unter Anklage stehe, Zeuge gegen den Bürgermeister Reites sein. Bezüglich des Vorwurfes des kirchlichen Separatismus wird erklärt, es könne jederzeit durch Zeugen nachgewiesen werden, daß Ruth den staatlichen, Kotton aber den kirchlichen Separatismus betrieben haben. Die christlichen Gewerkschaften sollten hierbei Vorspanndienste leisten. An dem Vorwurf des Verrats an seinem Bischof gehe Kotton sorgfältig vorüber. Das werde noch öffentlich klarzustellen sein, ebenso wie sich Kotton in noch schärferer Weise über den jetzigen Bischof Bornewasser ausgelassen habe. Die Schilderung der Verhältnisse von 1919/20 sei

von Kotton stark übertrieben worden, alles sei nach seinem Sinne zurechtgerichtet.

Die „Kölnische Volkszeitung“ rügt auch recht auffällig von Herrn Kotton ab, sie schreibt in einem Nachwort zu den beiden Erklärungen: „Eine Feststellung können wir jedoch nicht unterlassen. Interessant an der Entgegnung von Professor Kotton ist gerade das, was darin nicht berührt ist. Er hat eine Reihe schwerer Vorwürfe übergegangen, so insbesondere den Vorwurf der einseitigen französischen Einstellung. Das ist gerade das Auffallende und Befremdende seiner langen Antwort, daß er nach der französischen Seite hin eine geradezu peinlich frapperend wirkende Abgewogenheit verrät, daher aber den deutschen Standpunkt völlig verleugnet. Er spricht von dem Treueid gegenüber der Saarregierung, aber mit keinem Wort von der schuldigen Treue gegen das deutsche Volk! Mit keinem Wort erwähnt er das deutsche Volkstum, die berechtigten Interessen der deutschen Schule und das deutsche Vaterland! Wie die Angelegenheit heute steht, dürfte ein solches Bekenntnis Kottons in seiner Antwort auf keinen Fall fehlen!“

Die Bevölkerungsbewegung im Saargebiet.

Von der medizinisch-statistischen Abteilung des Hauptwohlfahrtsamtes der Regierungskommission wurde soeben eine Statistik über die Bevölkerungsbewegung von 1911 bis 1923 veröffentlicht, aus der wir folgendes wiedergeben:

Der fortgeschriebene Bevölkerungsstand des Saargebietes in seinem heutigen Umfang belief sich Ende 1911 auf 642 499 Personen und stieg bis 1914 auf 657 874. Unter dem Einfluß des starken Geburtenausfalles sank diese Ziffer Ende 1917 um rund 10 000 Köpfe und wurde sich auch 1918 weiter verringert haben, wenn in diesem Jahre nicht eine starke Zuwanderung nach dem Saargebiet eingeleitet hätte, welche mit plus 18,66 pro Mille dem infolge Ueberwiegen der Sterbefälle (minus 4,9 pro Mille) entstandenen Bevölkerungsverlust mehrfach kompensierte. Von 1919 ab begann die Bevölkerung wieder stärker zu wachsen und erreichte Ende 1923 einen Stand von 749 397 Personen. Folgt man den Ursachen dieses Wachstums nach, so läßt sich eine grundlegende Verschiedenheit gegenüber der kurzen Zeit feststellen; der Impuls zur Vermehrung der Bevölkerung ging im Frieden ausschließlich von dem Geburtenüberschuß aus; das Wachstum wurde dagegen gehemmt durch starke Wanderungsverluste, die beispielsweise im Jahre 1913 mit 16,39 pro Mille der Bevölkerung den Geburtenüberschuß von 18,9 pro Mille fast zum Verschwinden brachte. Seit 1918 dagegen schlägt die Wanderbewegung aus dem Negativen ins Positive über und beeinflusst das Wachstum der Bevölkerung — von 1921 und 1922 abgesehen — weitaus stärker als der natürliche Geburtenüberschuß. Der Geburtenüberschuß im Jahre 1923 auf 1000 der Bevölkerung belief sich beispielsweise auf 16,24, der Wanderungsgewinn dagegen auf 24,22.

Nicht weniger interessant für die Zukunft, aber folgenswer war die Entwicklung, welche die Bewegung der Geburten und Sterbefälle nahm: die Zahl der Geburten hat sich von 33,5 im Durchschnitt der Jahre 1911—1914 auf 28,6 pro Mille im Durchschnitt der Jahre 1920—1923 vermindert. Da sich die Sterblichkeit im gleichen Zeitraum von 15,3 auf 13,2 pro Mille (1923 betrug sie sogar nur 11,8 pro Mille) verringerte, so wurde ein gewisser Ausgleich geschaffen. Immerhin läßt sich eine bedeutende Abnahme des Geburtenüberschusses von 18,2 auf 14,4 pro Mille der Bevölkerung feststellen.

Diese rückläufige Entwicklung, deren Ursachen wir an dieser Stelle nicht verfolgen können, machte sich in allen Kulturstaaten vor dem Kriege bereits bemerkbar und erzielte ihren größten Fortschritt bisher in Frankreich. Im Saargebiet dürfte neben wirtschaftlichen Motiven in erster Linie ein Umschwung in der Mentalität der Bevölkerung, d. h. in ihrer veränderten Anschauung über die Zweckmäßigkeit eines reichlichen Kinderseins für die oben aufgezeigte Entwicklung verantwortlich zu machen sein.

Nicht nur Rhein und Ruhr, sondern stets Rhein, Ruhr und Saar!

Das Saargebiet und seine Geschichte.

Eine geographisch-historische Betrachtung von Wilhelm Hard, Rektor, Wemmelweiler (in der „Sbr. Landes-Ztg.“).

I.

Das Saargebiet — hier als das Flußsystem der untern und mittlern Saar angesprochen — schiebt sich wie ein spitzer Keil zwischen die geographischen Landschaften des Lothringer Stufenlandes, des Hunsrücks und des Pfälzer Berglandes. Seine Spitze trifft ungefähr die Saarmündung, die Schlagseite bildet die Linie Niedquelle—Bliesknie bei Homburg.

II.

Es ist notwendig, vom Saarland aus nach Osten und Westen zu sehen, um seine verhängnisvolle Eingesperrtheit in ein starkes Gefüge geographisch-historischer Bindungen verstehen zu können. Ostwärts das blaue Band des Rheins, westwärts die dunklen Höhen der Cotes Lorraines, diese beiden, Strom und Bergwall, sind dem Land an der Saar zum Schicksal geworden.

Was bedeutet der Rhein? Sein Graben ist die einzige Straße, die Norddeutsche und Süddeutsche verbindet. Von der Quelle bis zur Mündung wird die deutsche Sprache geredet. Der Rhein war das Rückgrat des karolingischen Reiches (Aachen, Ingelheim, Romwegen), hier hatten die salischen Kaiser ihre Heimat und ihre Grablage, hier wählten die Staufer ihre zweite Heimat und borgen auf dem Trifels in den Pfälzer Bergen „ihre Gefangenen und des Reiches Kleinodien“, vom Rhein aus ward Deutschland missioniert. Von den sieben Kurfürsten wohnten vier hier beisammen in enger Nachbarschaft, im Rheingebiet wurden die Kaiser gewählt und gekrönt, hier lag die stärkste Kraft des Reiches. Darum mußte es des Reiches Sorge sein, die Randgebiete des Rheintals — Pfalz, Hunsrück, Eifel — in den Bereich des Flusses hineinzu ziehen, an diesen Wällen sollte sich ein Ansturm von Westen brechen, ehe er das Herz des Reiches traf. Ihr Besitz ist für Deutschland eine Lebensfrage.

Was bedeutet die Cotes Lorraines? Zwei Schnellzugstunden westwärts Saarbrückens, hinter Metz, steigen sie auf. Sie sind das Glied eines Gebirgsgürtels vom Plateau von Langres über die Cotes Lorraines, die Argonner Höhen bis zu den Jurabergen bei Boulogne sur Mer. „Nordfrankreich bildet ein großes, von drei natürlichen, konzentrischen Wällen umgebenes Verteidigungsgebiet, der eben genannte Gebirgsgürtel ist der äußerste dieser Wälle. Wie drei Schalen liegen sie ineinander gebettet, daß ihr Mittelpunkt annähernd zusammenfällt, während die Wände aufgebogen sind, einen über den anderen hinweg ausholen und ausgeprägt wallartigen Charakter haben. In der äußeren Jurashale liegt als zweite eine Kreideschale, im Innern steigt die dritte, das Tertiärgebirge, als jüngste am Mittelpunkt — Paris — auf.“ (v. Hofmann.) Am schärfsten tritt die Juraformation hervor. Sie umzieht schützend Nordfrankreich, an ihren Flanken und Durchgängen schirmen starke Festungen — Belfort, Toul, Metz, Verdun, Cambrai — die „nordfranzösische Festung“ vor jedem Einbruch. Vier dieser Festungen, Toul—Nancy, Metz—Verdun, sind die mächtigsten Ecksteine der Cotes Lorraines. Im Mittelalter waren diese Tore in deutscher Hand Bischofsitze, deren Inhaber — von den Kaisern sorgfältig ausgewählt und zum großen Teil aus dem Innern Deutschlands stammend — die treuesten Hüter der Reichseinheit und der Reichsgrenze. Als sich aber im 15. Jahrhundert die französische Königsmacht im Pariser Becken konsolidiert hatte, da galt der erste Griff den Pforten der Festung: 1552 gingen Metz, Toul, Verdun an Frankreich verloren. Die folgenden Jahrhunderte galten dem Kampf um das der französischen Festung vorgelagerte Land, das im Osten einen natürlichen Abschluß am Rhein findet. Seit Frankreich sich vom Meere abgekehrt hat, strebt es aus seinen Wällen über das Vorland hinweg zum Rhein, dessen Besitz ihm ein Symbol seiner Vorherrschaft in Mitteleuropa ist.

Französischer Ausdehnungsdrang nach Osten — Behauptung deutscher Lebensnotwendigkeiten, diese beiden rangen um das Land zwischen Jurabergen und Rhein, Deutschland stritt um ein Zweifaches: um den Schutz seines Herzlandes und um sein Volkstum, das seit dem 4. Jahrhundert das weite Zwischenland bis vor die französische Festung besiedelt hatte, ein Moment, das nach französischer Meinung nicht allzu schwer wiegt, denn alles, was die Franzosen erwerben, nimmt nach Ansicht eines königlichen Rates von 1632 die Natur Frankreichs an, „Frankreich ist ein Wunderrelizier, welches die andern Metalle in Gold verwandelt“.

Von hier aus eröffnet sich nun eine weite Perspektive über die Geschichte unserer Heimat. Sie, ein kleiner Teil des Zwischenlandes, hat ihre ruhigen Zeiten erlebt, als Merowinger und Karolinger über West- und Ostfranken herrschten, das Mittelalter hindurch, als die Westtore Toul, Metz, Verdun, Cambrai zu Deutschland gehörten. Als Frankreich im 15. Jahrhundert emporkam, war unser Flußgebiet, weil nicht allzu weit vom Festungsgürtel und dem Haupttor Metz entfernt — neben dem lothringischen Stufenland und dem Elß dem Griff von Westen am meisten ausgelegt. So glitt es hinein in den Strudel des Ringens um das Zwischenland seit dem Abbröckeln der Reichsmacht um 1500. Als

Karl V. 1552 über die alte Saarbrücke nach Westen zog, Metz wieder zu erobern, als er dann krank und erbittert ob seines Mißerfolges heimkehrte, hob das große, wechselvolle Drama an, dessen Schlußakt noch nicht bald zu erwarten ist.

Die allgemeinsten Linien saarländischer Entwicklung als Glied eines Zwischenlandes sind hiermit aufgezeigt. Worin liegt aber nun der besondere geographisch-historische Charakter unseres Teilgebietes, der unsere Heimatgeschichte wieder einen eigentümlichen Stempel aufdrückt?

III.

Das in allen Zeiten unwegsame Hunsrückgebirge stößt im Westen bis an den Unterlauf der Saar, stellenweise, wie im Deutsches, noch darüber hinaus vor. Primsmündung und Saarmündung bezeichnen hier die westlichen Eckpunkte des Gebirges. Der Verkehr flutete auf der Moselstraße Koblenz—Trier und auf der Primstraße Mainz—Bingen—Nahe—Prims—Dillingen um den Hunsrück herum. Die Eckpunkte kamen nun dadurch zu besonderer Wichtigkeit, daß sich die Straßen von hier aus durch das Mosel- bzw. das Niedtal bequem nach Westen weiterführen ließen. Endpunkt der beiden Straßen war Metz. Zwischen Saar—Prims—Theel—Jal und Scheidter Tal breitete sich früher ein zusammenhängendes Waldgebiet aus, von dem der heutige Röllertaler Wald den Rest darstellt. Ihm entsprach auf der anderen Saarseite zwischen Nied und Rofel und darüber der „Warndt“. Das untere Ende der Waldzone trifft wieder die Prims-Nied-Mündung, das obere haben wir da zu suchen, wo die heutigen Röllertal und das Scheidtertal Wege über Homburg nach Mainz und Spener öffnen (Kaiserstraße), und wo auch nach Westen gangbare Straßen über Forbach nach Metz führen. Dieser Punkt liegt am Saarknien bei Saarbrücken. Saarmündung bei Trier, Prims-Nied-Mündung und Saarknien, das sind drei geschichtsbildende Punkte erster Ordnung. Obwohl im Zentrum gelegen, trat der mittlere Punkt gegen die andern bald zurück, die in den direkten Linien Metz—Köln bzw. Metz—Mainz lagen. Die Bedeutung dieser drei Punkte wird durch die Tatsachen illustriert, daß zwei Burgen und eine Stadt, alle wahrscheinlich in königlichem Besitz — Sarabruca, Stersberg und Trier —, ihre Verteidigung übernahmen, daß ferner der deutsche Ritterorden, der sich bei seinen Niederlassungen wohl sehr stark von militärisch-strategischen Rücksichten leiten ließ, gerade dort in Saarbrücken, in Bedingen und Trier Güter erwarb. Wenn es ferner richtig ist (so auch Ruppertsberg), daß die Orte mit der Endung „ingen“ alemannischen Ursprungs sind, so haben die Alemannen, die wohl zuerst von Südost einströmten, in richtiger Erkenntnis der Lage die Brennpunkte bei Saarbrücken und um die Stersburg zuerst besiedelt, wie die dort massenweise auftretenden Orte auf „ingen“ beweisen. Später sind die Alemannen von den robusteren Franken nach der Schlacht bei Tolbiacum (Zülpich oder Tholey?) 496 nach Süden abgedrängt worden. Die Flandernstraße, die das Elß an Flandern knüpfte und zur Hauptsache (mit Ausnahme der Treudenburger Schleife) der Saar entlang lief, verband die Eckpunkte miteinander.

Punkte sekundärer Ordnung sind noch Merzig und Tholey. Von der mittlern Prims (Bliesfeld) zweigt durch das Losheimerthal ein Weg ab, der dann am Galgenberg nach dem Seffersbachthal und Merzig umbiegt und an der Nied wieder in die Primsstraße mündet. Ein Weg, der der Primstraße infolge der starken Versumpfung des Primstales häufig vorgezogen wurde. In Tholey geht ein Verkürzungsweg der Primstraße die Theel entlang zur Nahe. Hier liegt der höchste Punkt des ganzen Saarlandes, der Schaumberg (571 Meter).

Von dieser geographischen Betrachtung aus werden einige wesentliche Richtlinien saarländischer Entwicklung verständlich. Mosel-, Prims- und Kaiserstraße vereinigen sich im Westen an einer Eingangs- bzw. Ausfallspforte der französischen Festung in Metz. Fächerartig führen von hier die Wege nach Köln, Koblenz, Bingen, Mainz, Spener zum Rhein durch unser Land. Saarbrücken, Stersburg, Trier sind Stationen auf diesem Weg. Der diesen Rheinorten nach Westen vorgelegte Punkt ist also Metz. Solange er — vor 1552 und von 1870—1918 — in deutschem Besitz war, war der Rhein außer Gefahr und die Saarländische ohne besonderen Wert für den Rhein. Als er aber verloren ging, stieg der Wert der Saarländischen für den Rhein, sie wurde erste Bastion im Verteidigungssystem Deutschlands. Ein interessantes Beispiel dieses großen Völkerringens um unser Land seit 1600 gibt die Bodenpolitik der Reichsterritorien in unserer Gegend um die hervorstechendsten Punkte des Landes. Nach der Auflösung der alten Gauverfassung schloß sich die natürliche Einheit zwischen Saar—Prims—Theel—Scheidtertal zur Grafschaft Saarbrücken zusammen. Das (damals noch deutsche) Herzogtum Lothringen behauptete die Prims—Niedede und die Straße bis Tholey. Das

Bistum Metz hatte die Großpfarre St. Arnual begründet, war reich begütert im Röllertal, im Warndt, und erst nach langer Zeit ist hier der Graf von Saarbrücken sein Erbe geworden, und damit Herr der Kaiserstraße, damals noch der „via regalis“. Die Saarmündung fiel an das Kurfürstentum Trier, und um den Zwischenteil stritten jahrhundertlang im Norden Trier und das Herzogtum Luxemburg, im Süden Lothringen und Trier. Alles Kämpfe, die das Reich noch nicht zu beunruhigen brauchten, solange der Schlüssel zum Rhein von Westen aus, Metz, in Deutschlands Gewalt war. Im Kaiser lag das verhältnismäßig arme Land weitab, nur Friedrich Barbarossa hat ihm erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt, das Burgenystem der Pfalz ausgebaut (Kaiserslautern), Saarbrücken mehrfach besucht und im Warndt gejagt. Diese Situation änderte sich mit der Besitzergreifung von Metz 1552 durch die Franzosen völlig und plötzlich. Metz wurde Ausgangspunkt für deren Rheinpolitik und die Saar erste Linie, die sturmreif gemacht und genommen werden sollte. Die traditionelle Mezer- und Lothringerpolitik an der Saar bekam nun ein neues und fremdes Gesicht. Wie diese will Frankreich die Herrschaft über die Straßen, aber nur als Mittel zum Endzweck, dem Besitz des Rheins. Im Dreißigjährigen Krieg wird der Besitzer der Moselstraße, Kurfürst Philipp von Sötern, von Frankreich gewonnen, der Herzog von Lothringen (Primstraße) vertrieben, die Saarbrücker Grafschaft besetzt. Ludwig XIV. sicherte die Primstraße durch die Anlage von Saarlouis und die Kaiserstraße durch die Feste Hohenburg (Homburg), den Schlüssel zu Worms und Speyer. Daß Ludwig XIV. die drei Brennpunkte von seiner Reunionskammer in Metz mit Frankreich vereinigen ließ, ist nicht mehr verwunderlich. Der Frieden vor Ryswyk 1697 nahm ihm allerdings den Raub wieder ab mit Ausnahme von Saarlouis. 1766 kam die ganze Primstraße mit Tholey an Frankreich. Nach Campo-Formio und Lunéville (1797 und 1801) schienen alle französischen Wünsche erfüllt, die Rheingrenze war erreicht. Aber nach den Befreiungskriegen wurde die Behauptung der Rheinlinie von Deutschland ernstlich versucht. Preußen, dem diese historische Aufgabe — sehr wider Willen — zuteil wurde, konnte die Saarlinie nicht in französischer Hand lassen. Es mußte, warum es die Knotenpunkte bei Dillingen und Saarbrücken, die 1814 bei Frankreich geblieben waren, im 2. Wiener Frieden erzwingen und behauptete. Und Frankreich verlangte in den Friedensverhandlungen (Denkschrift der französischen Delegation 1919) gerade die beiden Straßen, „zwei Bogen nördlich von Saarlouis und Saarbrücken“, ein Plan, den Wilson vereitelte.

So erscheint unter dieser Betrachtungsweise das Saarland für Deutschland aus geographischen und ethnographischen Gründen zum Rhein gehörig, der im Mittelalter im Zentrum des politischen Lebens stand, zu dem es heute wieder zurückstrebt, an dem die gesunden Kräfte deutscher Entwicklung wachsen. Die Saar bedeutet aber für Deutschland auch noch die letztmögliche Verteidigungslinie des Mittelrheins. Für Frankreich ist das Saargebiet nach der Besitzergreifung von Metz eine wichtige Etappe des Vordringens zum Rhein. (Schluß folgt.)

Kleine politische Umschau.

Bekanntlich befindet sich seit dem Ruhrbruch in Saarlouis eine Reparaturwerkstatt für die Rheinarmee. Die politischen Parteien wie auch die Stadtverordneten von Saarlouis hatten in wiederholten Eingaben an die Saarregierung und schließlich an den Völkerbund die Verlegung dieser französischen Besatzungs-Abteilung aus dem Saargebiet unter Hinweis auf die Saarstatutsbestimmungen verlangt. Die Saarregierung hatte auf alle diese Beschwerden nichts unternommen, bis schließlich eine Beschwerde beim Völkerbund diesen veranlaßte, die Regierungskommission anzuweisen, für eine Entfernung dieser französischen Truppen-Abteilung Sorge zu tragen. Herr Kault sagte in Genf auch sofortige Erledigung dieses Falles zu und — dabei blieb es bis heute. Am 22. Dezember teilte der neue „Saar-Kurier“ — und als Propagandaorgan der französischen Annexionspolitik muß er's ja wissen — mit, daß die geplante Verlegung der Traindepots der französischen Truppen von Saarlouis ins Lothringische vorläufig nicht stattfinden soll, da einer Uebersiedlung nach Diedenhofen große Schwierigkeiten entgegenstehen. D. h. also: nachdem über die Angelegenheit Gras gewachsen ist, die Völkerbundstagung in Rom soeben ihr Ende erreicht hat, ist es nicht notwendig, auf die ganze Angelegenheit zurückzukommen. Das Frankreich Herriots behält auch weiterhin unter Vertragsbruch seine Besatzungstruppen im Saargebiet, weil in Diedenhofen, also in Frankreich Unterunkstschwierigkeiten bestehen. Die deutschen Saarländer können ja sehen, wie sie sich einschränken. Die Hauptsache, daß man den Deutschen wieder einmal zeigt, daß ein Vertrag nur dann zu erfüllen ist, wenn sich diese Erfüllungspflicht für Deutschland ergibt. Für Frankreich sind solche Verträge nur da, damit sie gebrochen werden. Das bestätigt ohne Wimperzucken das Annexionsblatt, dessen Redaktion kürzlich einmal erklärte, sie wisse nichts davon,

daß das Blatt durch einen Herrn Köchlin französischerseits subventioniert werde. Wir glauben der „Saar-Kurier“-Redaktion das zwar nicht, wenngleich wir uns denken können, daß Herr Köchlin nicht ausgerechnet den Jüngelchen der Kurier-Redaktion das Geld auf die Bude trägt. Subventioniert wird das Blatt auch ohne Herrn Schöttler.

★

Die Regierungskommission hat es für angebracht gehalten, wieder einmal die bekannte Maulkorbverordnung, die unter Zuhilfenahme gefälschter Dokumente zustande kam, ein Zeitungsverbot zu erlassen. Es richtet sich diesmal gegen das Wochenblatt „Deutsche Saarzeitung“, von dessen Existenz wir bisher keine Ahnung hatten. Aus der Verfügung ergibt sich, daß ein vierwöchentliches Verbot für diese Zeitung ausgesprochen wurde, „in Erwägung, daß die „Deutsche Saarzeitung“ in einer Reihe von Artikeln Äußerungen enthält, welche die Beamten, welche beauftragt sind, von der Regierungskommission getroffene Einrichtungen durchzuführen oder in Gang zu halten, aus Anlaß dieser Amtsvergehen beschimpfen oder verleumden oder die verschiedenen Teile der Bevölkerung gegen den andern aufzuheizen versuchen.“ Aus einem Kommentar zu diesem Verbot in der „Saarbrücker Zeitung“ läßt sich entnehmen, daß die Artikel sich gegen die Korruption unter der Saarregierung vom Schlage Doerffert usw. richteten. Es ergibt sich, weiter, daß die Regierungskommission und die beteiligten Beamten wochenlang zu den schweren Anschuldigungen geschwiegen haben, die offenbar das Ziel der Erzwingung einer gerichtlichen Feststellung über die Anschuldigungen gehabt haben dürften. Es ist also daraus zu entnehmen, daß die Saarregierung einer gerichtlichen Klarstellung durch Erscheinungsverbot des Blattes auszuweichen suchte. Die „Saarbrücker Zeitung“ bemerkt mit Recht hierzu, daß durch ein Zeitungsverbot solche Anschuldigungen nicht aus der Welt geschafft werden, sondern der Ansicht bestätigt wird, als ob man gerichtliche Auseinandersetzung zu fürchten hätte. Mit dem Verbot hat die Regierungskommission selbst und den Beamten, die sie in Schutz nehmen will, den schlechtesten Dienst erwiesen.

★

Mit Ende des Jahres wurde die St. Ingberter französische Gendarmeriestation aufgelöst. Welche Last das im Saargebiet unberechtigt anwesende französische Militär mit seinem Gendarmerieanhang bedeutet, verweist allein die Tatsache, daß durch das mit der Auflösung der Gendarmeriestation verbundene Freiwerden einer größeren Anzahl von Wohnungen die Wohnungsnot in St. Ingbert eine entsprechende Erleichterung erfährt.

★

Aus ihrem Leserkreis wird der „Saarbrücker Zeitung“ geschrieben: Vor 6 Jahren wurde in der Bahnhofstraße auf besondere Art ein Ladenlokal von den Franzosen „gemietet“, um als Buchhandlung verwendet zu werden. Im Schaufenster dieses Geschäftes sind die tollsten Pariser Heftblätter, welche uns Deutsche auf das empfindlichste beleidigen, zum Teil illustriert, ausgehängt. Bisher ist es noch nicht vorgekommen, daß die Völkerbundsregierung französische Zeitungen wegen Beleidigung der deutschen Saarbevölkerung verboten hat. Die französische Buchhandlung betrachtet die deutschen Gesetze seit Eröffnung vollständig als Luft. Ob Ostern, Pfingsten oder Weihnachten, ist den Inhabern ganz egal, sie haben tagtäglich von früh bis spät geöffnet, selbst wiederholte Anzeigen wegen Gewerbevergehen seitens der Bürgerschaft, waren bisher vergebens. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, daß Weihnachten 1924 solche Lokaltäten, die im Saargebiet vollständig überflüssig sind, endlich sich den ortsüblichen Gesetzen anpassen.

★

Der „St. Ingberter Anzeiger“ berichtet: In der Sitzung des Bezirkstages St. Ingbert wurde durch Bezirksratsmitglied Schuler lebhaft Klage geführt wegen der Rücksichtslosigkeit der französischen Grubenverwaltung. Schnappach ist auf dem Grubenterrain aufgebaut. Die bayerischen und die preussischen Gruben hatten an der Grenze unter der Erde je einen Pfeiler von 20 Meter Stärke stehen lassen, um unserem Ort einen Halt zu geben. Diese Pfeiler baut die französische Grubenverwaltung jetzt ab, und zwar in so forciert Weise, daß dadurch starke Bodensenkungen entstehen. Wenn so weiter gearbeitet wird, werden in absehbarer Zeit etwa 75 Wohnhäuser in Schnappach als haufällig erklärt und geräumt werden müssen. Diese Angelegenheit beschäftigt andauernd die Stadtverwaltung St. Ingbert, deren Ortsteil Schnappach ist. Fortwährend müssen Häuser geräumt werden und das Bürgermeisteramt St. Ingbert, das ohnedies so schwer gegen die zunehmende Wohnungsnot zu kämpfen hat, muß den Obdachlosen Wohnungen beschaffen. Zurzeit müssen alle in St. Ingbert freiwerdenden Wohnungen für Schnappacher Familien reserviert werden. Der Bezirkstag St. Ingbert hat in seiner letzten Sitzung das Bezirksamt beauftragt, unverzüglich bei der Regierung vorstellig zu werden, damit diesem Raubbau Einhalt ge-

boten wird. Auch der Landesrat wird sich in seiner nächsten Sitzungsperiode wohl mit der Angelegenheit befassen, denn es geht doch nicht an, daß aus reiner Gewinnsucht ein ganzer Ort dem Erdboden gleich gemacht wird.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken: Die Stadt Saarbrücken hat durch Vermittelung einer Frankfurter Bank Verhandlungen mit amerikanischen Finanzkreisen über die Aufnahme einer Dreimillionen-Dollaranleihe geführt. Das Bankhaus Ames Emmerich & Co. in New York hat sich bereit erklärt, eine Anleihe in einem Betrag zwischen 1½ bis 3 Millionen Dollar zu gewähren und zwar zu Bedingungen, die weit günstiger sind als diejenigen, denen sich das Deutsche Reich und der französische Staat haben unterwerfen müssen. Die Zinsen wurden mit 7 Prozent jährlich, der Auszahlungsturs fest mit 88 Prozent, der Tilgungssatz mit 7 Prozent ohne Auflegungen für Provision usw. festgelegt. Letzter Tilgungstermin ist der 31. März 1935. Mit Hilfe der Anleihe soll unter anderem ein Industriegelände erschlossen, die Betriebswerke erweitert, das Umbauprogramm der Straßenbahn durchgeführt, das Kaiser-Friedrich-Bad umgebaut werden usw. ferner soll dem Landkreis Saarbrücken von der Anleihe ¼ Million Dollar zur Verfügung gestellt werden. Da bei Verwendung der Anleihe nur produktive Werte in Frage kommen, die selbst Verzinsung und Zinsen abwerfen, ist eine steuerliche Befreiung der Bevölkerung durch die Anleihe in keiner Weise zu befürchten. Seitens der Stadtverordnetenfraktionen des Zentrums und der Volkspartei wurde dem Bürgermeister Dr. Reikes für den günstigen Abschluß der Anleihe der Dank ausgesprochen. Auch die übrigen Stadtverordneten erhoben gegen die Anleihe keinerlei Einwände.

Brebach: Der Hüttenarbeiter Steinfels aus Scheidt wurde von einem Lastauto überfahren und auf der Stelle getötet. Der Unglücksfall ist um so tragischer als Steinfels, ein 70 Jahre alter treuer Arbeiter, bereits 54 Jahre auf der Brebacher Hütte gearbeitet hatte. — Von der Polizei wurde ein 13jähriger Junge aus Tümmen ermittelt, der eingestand, am 15. November und 2. Dezember Brände gelegt zu haben, durch die zwei Anwesen völlig eingeäschert wurden. Als Grund zu der Tat gab er Heimweh nach seinem früheren Bauern an. Er hoffte angeblich durch diese Brände zu ihm zurückkehren zu können.

Hühnerfeld: Das 2½-jährige Kind einer hiesigen Familie verbrühte sich durch heißen Kaffee derart, daß es unter großen Schmerzen seinen Verletzungen erlag.

Spiesen: Ein von der katholischen Schule Spiesen veranstalteter Elternabend hinterließ einen außerordentlich tiefen Eindruck, da der Abend vollständig unter dem Zeichen des deutschen Volksliedes stand. Ein gemischter Schülerchor unter der Leitung des Lehrers Schüh brachte sehr wirkungsvoll den Text einzelner Volkslieder zu Gehör, während auf der Bühne das Volkslied eine treffliche symbolische Darstellung erfuhr.

Elversberg: Ein von der hiesigen evangelischen Schule veranstalteter Elternabend war dem deutschen Märchen gewidmet. Einen eintreffenden Vortrag hielt Oberlehrer Emmerich. Es folgte die bühnenmäßige Darstellung von zwei deutschen Märchen. Im übrigen war die Veranstaltung durch Gesangs- und Instrumentalvorträge eingerahmt. Der Abend hinterließ einen außerordentlich wirkungsvollen Eindruck.

Fischbach: Auf dem Nachhauseweg von der Nachschicht wurde der Bergmann F. R. Schneider von einem Radfahrer angefahren, so daß er auf den Hintertopf fiel und sich einen doppelten Schädelbruch zuzog. Im Krankenhaus, wohin Schneider gebracht wurde, verstarb er kurz nach der Einlieferung. Er hinterläßt eine Witwe und mehrere unverförgte Kinder.

Ueberherrn: Der Bahnbau Saarlouis-Kreuzwald hat zu einer Kommunaltrise geführt, die veranlaßt wurde dadurch, daß sich die von dem Bahnbau betroffenen Besitzer von Grundstücken über die Entschädigung nicht einigen konnten. In einer öffentlichen Versammlung des Ortsinteressenvereins, zu der auch Dr. Arweiler erschienen war, kam man trotz ausführlicher Aussprache zu keiner Einigung. Infolgedessen legten die Gemeinderatsmitglieder bis auf zwei ihre Ämter nieder, ebenso traten die Ersahmänner zurück. Der Zwischenfall konnte aber nach 8 Tagen wieder beigelegt werden.

Merzig: Für Zoll- und Eisenbahnbeamte werden insgesamt 24 Häuser mit 48 Wohnungen an der Saarbrücker Allee errichtet. Die umfangreichen Arbeiten für den Zollbahnhof sind schon ziemlich weit vorgeschritten, doch ist es ausgeschlossen, daß die Anlagen bis zum 10. Januar, wo sie ja eigentlich dem Betrieb übergeben werden müßten, fertiggestellt werden können.

Saarlouis: Das bekannte Hotel Kaiserhof ging zum Preise von 280 000 Franken in den Besitz der Kreispartasse über.

St. Ingbert: Gelegentlich eines Wortwechsels brachte der Gelegenheitsarbeiter Probal aus Hedendalheim dem Gelegenheitsarbeiter Schwarz aus St. Ingbert lebensgefährliche Verletzungen mit einem Messer bei. Der Täter wurde verhaftet.

Personalnachrichten.

Von der Eisenbahn.

Veretzt wurden: Eisenbahningenieur Dietrich von Neunkirchen nach Saarbrücken, Eisenbahningenieur Siebisch von Saarbrücken nach Schleismühle, Rottenauffeher D. Schunt von Neunkirchen nach Homburg, Bahnwärter Hilbert von Kleinblittersdorf nach Hanweiler, Eisenbahnsekretär 1. Klasse Andreas Kausch vom Betriebsbureau Saarbrücken nach Saarbrücken-Schleismühle (Güterbahnhof), Gütervorsteher Joh. Mohr von Schleismühle nach Bahnhof Illingen, Bahnhofsvorsteher Eder von Illingen nach Wemmetweiler, als Leiter der Dienststelle. — Befördert wurden: Eisenbahnoberamtmann Beder zum Regierungsbaurat, Lokomotivführer Ulig in Homburg zum Lokomotivdienstleiter, Lokomotivführer Vorseid in Saarbrücken und Böbler in Schleismühle zum Oberlokomotivführer, Wagenmeister Breininger in Hanweiler, Schäfer in Saarbrücken und Schuster in Dillingen zum Oberwagenmeister, Zugführer Reinert in Neunkirchen zum Oberzugführer, Oberkassner P. Biewer in Dillingen, Jung in Homburg und Schunde in Saarbrücken zum Zugführer. — Die Prüfung zum Eisenbahnsekretär haben bestanden: Eisenbahnassistent Thomas in Mettlach, die Ergänzungsprüfung zum Eisenbahnsekretär Bahnhofsverwalter: Molte-Egenhofen, Großmann-Wehrden, Bett-Geislautern, Schid-Schwarzenader, Schumacher-Dechen und Eisenbahnassistent Greuer-Burbach. Die Prüfung zum Eisenbahnassistenten: Betriebsassistent Hock in Groß-Rosseln und Alois Beder in Dillingen (Güterbahnhof).

Aus der Schulverwaltung. An Stelle des verstorbenen Kreisschulrats Reinemann ist Rektor Hellwig-Saarbrücken vom 1. März 1925 ab zum kom. Kreisschulrat für den Schulaufsichtsbezirk Sulzbach ernannt worden. Die Wahrnehmung der Dienstobliegenheiten eines Kreisschulrates ist ihm vom 1. Januar 1925 ab übertragen worden.

Aus der Justizverwaltung. Justizsekretär Jaegers vom Amtsgericht St. Wendel ist zum Justizinspektor ernannt worden.

Todesfälle.

Saarbrücken: Kaufmann Jakob Rivel, 59 Jahre; Heinrich Schmidt, 23½ Jahre; Schreinermeister Otto Bruch, 56 Jahre; Fuhrunternehmer Friedrich Bortscher, 54 Jahre; Eisenbahn-Obersekretär August Eide; Eisenbahnsekretär Friedrich Lorenz, 63 Jahre; Josef Beder I; Anton Wid, Kriegsveteran 1870/71, 77 Jahre; Heinrich Oberdorf, 23 Jahre; Frau Jakob Tasse, geb. Port, 59 Jahre; Frau Magdalene Rau, geb. Röh, 80 Jahre; Fräulein Anna Hoffmann, 33 Jahre. — **Louisenthal:** Eisenbahn-Sekretär Julius Walter, 56 Jahre. — **Serrenhoer:** Bergmeister Anton Scheidt, 34 Jahre. — **Güchenbach:** Pfarrer Matthias Weber, 56 Jahre. — **Dudweiler:** Pensionierter Oberbahnwärter Kaspar Riech, 72 Jahre; pens. Bergmann Johann Leich, 57 Jahre. — **Altenwald:** Frau Katharina Balbier, geb. Bollenbach, 82 Jahre; Frau Gertrud Weber, geb. Rien, 69 Jahre. — **Heilgenwald:** Frau Katharina Dürfeld, geb. Hentel, 61 Jahre. — **Tholey:** Frau Witwe Besh, geb. Bourger, 72 Jahre. — **Neunkirchen:** Pens. Hüttenkassenbote Ludwig Lang, 76 Jahre; Stellwerksmeister Jakob Götker, 58 Jahre; Frau Katharina Norheimer, geb. Lahm, 59 Jahre; Frau Witwe Christ. Hoffmann, Luise geb. Kunz, 72 Jahre; Henriette Arnold, 65 Jahre; pens. Hüttenwächter Johann Seibert, 67 Jahre. — **Wiebselkirchen:** Pens. Bergmann und Felbhüter Friedrich Reinhard, 66 Jahre. — **Scheidt:** J. Steinfels. — **Kleinblittersdorf:** Else Klein, 35 Jahre. — **St. Ingbert:** Polizei-Sergeant a. D. Georg Scholl, 66 Jahre. — **Saarlouis:** Frau Witwe Ludwig Schneider, geb. Baumstümmler, 80 Jahre.

Von den Saargruben.

Opfer des französischen Raubbaues.

Auf der Grube St. Ingbert verunglückten an einem Tage drei Bergleute schwer, so daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Auf der Grube Geisheid wurde der Bergmann Fuchs aus Elversberg durch herabfallende Gesteinsmassen schwer verletzt, so daß er dem Knappschaftslazarett in Neunkirchen zugeführt werden mußte. Der Bergmann Kollmann aus Spiesen verunglückte auf Grube Heintz ebenfalls schwer, so daß seine Ueberführung ins Krankenhaus erforderlich wurde. Der Bergmann Johann Jochum, der am 25. November vorigen Jahres auf dem Holzplaz der Grube von der Heydt dadurch schwer verunglückte, daß er in die Kreissäge geriet, ist Mitte Dezember seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Verstorbene war 38 Jahre alt und hinterläßt eine Witwe mit drei unverförgten Kindern. Auf dem Gegenort-Schacht verunglückten die Schachtzimmerhauer Peter Steinmeh und Karl Schmidt aus Altenwald. Sie stürzten infolge Hängenbleibens des Förderkorbes auf das Fördergerippe und trugen schwere Oberschenkelverletzungen davon. Auf dem Schacht Amelung 2 verunglückte der Bergmann Knoblauch aus von der Heydt. Er erlitt mehrere Knochenbrüche, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten.

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Die Ortsgruppe Hannover des Bundes Saar-Verein veranstaltete am 6. Dezember im Vereinslokal „Landesheim“ einen Festabend, der mit einer sehr reichhaltigen Verlosung zur Förderung der Bestrebungen der Saarvereine verbunden war. Wenn auch der Besuch nicht vollkommen den Erwartungen entsprach, so waren doch den Anwesenden ein paar sehr genussreiche Stunden beschieden. Der Männergesangsverein „Lätitia“ war mit 90 Sängern erschienen. Unter der bewährten Leitung des Chormeisters Schöning wurde das Deutsche Lied in vollendeter Weise und erhebender Form zum Vortrag gebracht. Der nach den einzelnen Liedervorträgen einsetzende spontane Beifall ließ den allseitigen Dank der Zuhörer erkennen. Der Männergesangsverein „Lätitia“ mit seinen 300 aktiven Sängern hat sich auch bereit erklärt, den gesanglichen Teil bei der im nächsten Jahre stattfindenden Saarbundestagung zu übernehmen. In der Begrüßungsansprache dankte der Vorsitzende zunächst den erschienenen Sängern, sodann den Firmen, die, in richtiger Erkenntnis der Saarvereinsbestrebungen, den Aufgaben des Vereins durch Ueberweisung von Barunterstützungen und Verlosungsgegenständen in anerkannter Weise gedient hätten. Er nannte die Firmen: Montangel, Saar, G. W. Appel, Ed. Bormah, C. Beuermann, Edler u. Krißke, Bahlsens Ketsfabrik, W. Schneemann, E. Albers, J. G. Herhold und eine im Saargebiet bekannte Firma. U. a. brachte er zum Ausdruck, daß bedauerlicherweise eine Anzahl hiesiger Firmen, deren Interessen sehr eng mit dem Saargebiet verknüpft seien, schenbar für die Saarvereine nichts übrig hätten. Er wies sodann auf den treudeutschen Kern der Saarbevölkerung hin und führte wörtlich aus: „In früheren Zeiten kam einmal aus bereitem Munde, die Aeußerung: „Die Saarbevölkerung ist deutscher, wie die in Berlin“, und in dieser Aeußerung liegt, Gott sei Dank, trotz der geographischen Lage des Saargebiets, keine Ueberhebung. Kürzlich ging durch die deutsche Presse eine Notiz, nach der der neue französische Botschafter Herbet in Moskau gelegentlich eines Interviews gesagt haben soll, daß man sich mit dem Gedanken trage, das Saargebiet freizugeben, da man eingesehen habe, daß die Bevölkerung bei der Abstimmung nicht für Frankreich stimmen werde und daß die Friedensvertragsverpflichtungen des Saargebiets auch durch Verträge erreicht werden könnten. Wenn man an sich auch diese angebliche Aeußerung absolut nicht hoch bewerten darf, dann hat sie vielleicht doch die Bedeutung, daß man in maßgebenden politischen Kreisen Frankreichs die deutsche Kultur- und Festigkeit an der Saar erkannt und eingesehen hat, daß man aus der Saarbevölkerung keine Franzosen machen kann. Und darauf dürfen wir mit der Saarbevölkerung stolz sein.“ Redner schloß unter allseitigem Beifall mit den Worten: „Deutsch ist die Saar und sie wird es bleiben immerdar.“ An der Verlosung beteiligte man sich allseits, so daß die vorhandenen 500 Lose schnell vergriffen waren. Den humoristischen Teil hatte Herr Hans Heinrich übernommen, der durch ein paar wirkungsvolle Vorträge die Lacher auf seiner Seite hatte. Ein gemütliches Tänzchen, bei welcher die jungen Festteilnehmer auf ihre Rechnung kamen, beendete die wirkungsvolle Festlichkeit.

Die Ortsgruppe Dortmund des Bundes Saarvereine hielt kürzlich eine gut besuchte Versammlung ab, die als Jahreshauptversammlung angelegt war. Der bisherige Vorstand, bestehend aus den Herren Oberbergtrat Dr. Weise, 1. Vorsitzender, Eisenbahningenieur Dr. Kellvert, Vorsitzender, Markscheider Walter, Schriftführer, techn. Eisenbahnenobersekretär Berckel, Kassenwart, Maschinist Kirsch, Beisitzer, Schlosser Kafalski, Beisitzer, Eisenbahnarbeiter Kastei, Beisitzer, Schreiner Ernst Bergdoll, Beisitzer, wurden durch Zuzug wiedergewählt. Die zum Teil anwesenden Herren erklärten sich zur Uebernahme der Ämter wieder bereit. Als Monatsbeitrag werden 50 Pfg. als ausreichend gehalten und dementsprechend ab 1. 1. 25 festgesetzt. Um die Monatsversammlungen anregender zu gestalten, wurden verschiedene Vorschläge gemacht und Herr Zehle schließlich zum Vergnügungsdirektor gewählt und ihm Vollmacht für die Ausgestaltung der Vereinsstagnungen, innerhalb gewisser Grenzen erteilt. Für die Oeffentlichkeit sollen Propagandavorträge veranstaltet werden, um sie für die Saarfrage mehr zu interessieren. Für die nächste Versammlung wird ein Vortrag von Fräulein cand. rer. pol. Schnapp „Ueber Saarlandsfragen“ angekündigt.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland in Cöln veranstaltete am 13. Dezember 1924 einen wohlgelungenen Vortragabend mit der Aufführung eines vaterländischen Spiels von Friedrich W. Fuchs. Den Vortrag über das Saargebiet hatte der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor

Bogel, übernommen. Er kennzeichnete die französische Rheinpolitik als Fortsetzung der Politik Ludwigs XIV. und erinnerte daran, daß schon am 14. Februar 1917 der französische Botschafter in Petersburg die Unterstützung der russischen Regierung für die französische Rheinpolitik verlangt und erhalten hat. Was man vom Völkerbund bis jetzt zu halten habe, dafür seien die Vorgänge im Saargebiet von ganz besonderer Bedeutung. Haß und Rach am Rhein, an der Mosel und an der Saar, sowie im Ruhrgebiet würden täglich genährt durch das nun schon beinahe 6 Jahre währende brutale und sadistische Auftreten der Franzosen. Auf die unseligen Folgen der Bestimmungen des Friedensdiktates von Versailles bezüglich des Saargebiets eingehend, stellte der Redner fest, daß der Völkerbund sich bisher mit der gefälschten Saarländersadresse noch nicht offiziell befaßt habe, obwohl sie die Regelung der Saarfrage in der bestehenden Form veranlaßt hat. Wenn der Völkerbund wirklich den Frieden der Welt ehrlich wolle, dann müsse er auf Grund der festgestellten Fälschung dieser Adresse die für das Saargebiet in Versailles aufgestellten Bestimmungen für null und nichtig erklären. Von dem Saarbrüder Land und seinen Leuten gab Redner als geborener Saarbrüder ein packendes Bild. Er wies hierbei auf die geschichtliche Tatsache hin, daß das Saargebiet, solange deutsche Geschichte geschrieben wird, stets deutsch gewesen sei. Das wußten die Franzosen aber auch recht gut, denn schon wenige Wochen nach der Besetzung habe man in französischen Zeitungen lesen können, daß die „Sarrois-Prussiens“ schlimmer seien als die Berliner Preußen. Diebstähle, Plünderungen, Mord, Verhaftungen und Ausweisungen, französischer Sadismus, rohe brutale Gewalt, Reitpeitsche und Revolver seien die Merkmale französischer Kultur, wie sie sich an Rhein, Ruhr, Saar und in der Pfalz gezeigt hätten. Das Volk an der Saar leide noch heute unter fremder Gewalt Herrschaft. Durch die schrankenlose Ausbeutung der Saarbergwerke sei Frankreich an der Saar Beherrscherin des ganzen Wirtschaftslebens. Mehr denn je müsse sich das gesamte deutsche Volk und die gesamte deutsche Presse mit den Saarfragen befassen. Er erinnerte an die planmäßige Zerschneidung aller Fäden, die das Saargebiet mit Deutschland verbinden, an die Trennung der deutschen Beamten- und Arbeiterorganisationen von ihren deutschen Zentralorganisationen, er erinnerte daran, daß die Rechtsprechung im Saargebiet nicht vom Reichsgericht, sondern von einem international zusammengesetzten Gerichtshof in Saarlouis erfolge, er erinnerte an die der Saarbevölkerung aufgezwungene Frankenwährung, an die mit dem 10. Januar 1925 eintretende völlige politische Abschneidung des Saargebiets von Deutschland, er erinnerte an das Eindringen des französischen Kapitals in die gesamte Industrie, in Handel und Gewerbe und endlich an die Einrichtung der französischen Schulen und den Zwang zum Besuche dieser Schulen seitens der deutschen Kinder, um letztere ihrer Heimat und ihrer Sprache zu entfremden. Er kam dann noch auf die Haltung der gesamten Saarpresse und der politischen Parteien zu sprechen, berührte den Fall des Ministerialdirektors Dr. Kottow. Zum Schluß erwähnte Redner die zahlreichen sonstigen Verletzungen der Versailler Bestimmungen über das Saargebiet durch die Saargebietskommission und durch Frankreich. Diesen Verletzungen gegenüber stehen die Forderungen, die die politischen Parteien des Saargebiets wiederholt öffentlich mündlich und in Denkschriften an den Völkerbund aufgestellt haben. Trotz der Millionen und aber Millionen, die Frankreich für seine Propaganda und sein ungeheuer ausgedehntes Spionetum im Saargebiet ausgeworfen habe, trotz der Tätigkeit der völlig französisch orientierten Saargebietskommission zur wirtschaftlichen und politischen Umstellung des Saargebiets habe sich die wahlberechtigte Bevölkerung bei allen bisher stattgehabten Landesratswahlen usw. mit 99 v. H. für die deutschen Listen erklärt. Das Volk an der Saar habe freimütig zum Ausdruck gebracht, wohin sein Herz schlage und welches sein Vaterland ist: Deutschland. Diese Abstimmung der Saargebietsbevölkerung sei aber die beste Widerlegung der erwähnten Clemenceau'schen Lüge von den 150 000 Saarfranzosen; sie sei der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abstimmung im Jahre 1935. Auch hier könne mit Recht die Frage aufgestellt werden: Wo bleibt der Völkerbund einer so ungeheuerlichen Ungerechtigkeit gegenüber? Nach einem ernsten Mahnwort zur deutschen Einigkeit und zu dem Zusammengehen aller politischen Parteien im Interesse der Errettung unseres Vaterlandes schloß Redner mit folgenden Worten:

Wir Männer, Weiber und Kinder schwören
Einem heiligen Schwur und Gott soll ihn hören:
Wies „Vater unser“ ins Herz wir schmieden
Wort für Wort den Versailler Frieden,
Damit wir an jenem Tag aller Tage,
An dem wir ausholen zum Gegenschlage
Wörtlich Silbe für Silbe nennen
Und diesen Frieden diktieren können.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Die regelmäßige Mitgliederversammlung findet jeden letzten Dienstag im Monat, abends 9 Uhr im Bürgerverein, Stäffestraße 39, 11, statt. Jeder Freund der Saarsache ist zu diesen Monatsversammlungen herzlich eingeladen. Der Saarbrücker Stammtisch in Frankfurt a. M. tagt jeden Donnerstag abend im Restaurant Jung (Zell, gegenüber dem Hauptpostamt). Jede Auskunft über die Ortsgruppe Frankfurt a. Main usw. erteilt jederzeit gern der 1. Schriftführer Herr Gustav Schättgen in Frankfurt a. Main, Grüneburgweg 4, Telephon Hanja 6162.

Eine Arbeitstagung für deutsches Volkstum ist vom Frauenausschuß des Deutschen Schutzbundes für die Zeit vom 10. bis 12. Januar 1925 nach dem Schöneberger Rathaus in Berlin einberufen worden. Der umfangreiche Arbeitsplan für diese Tagung sieht unter anderem folgende Vortragsthemen vor:

Sonnabend, den 10. 1. 1925:
vormittags 10 Uhr:

Die schwankenden Grundlagen der nationalpolitischen Grenzarbeit. Dr. K. C. von Loesch
Der Bevölkerungsrückgang der Deutschen und seine Folgen. Univ.-Prof. Dr. Thomsen-Münster.

nachmittags 4 Uhr:
Volkserhaltung und Volksgesundheit. Univ.-Prof. Dr. med. v. Raup-München.
Sozialhygiene. Dr. Helene Frein von Watter.

Sonntag, den 11. 1. 1925:
vormittags:

Grenzsiedlung oder planlos verstreute Siedlung in Deutschland. Dr. Rosikat-Breslau.
Gegenüberhalter: Graf Günther von der Goltz.
Natürlicher Bevölkerungszuwachs und fremde Zuwanderung im Westen des Reiches. Ob.-Reg.-Rat Dr. Müller.
abends 6 Uhr im Magistratsaal des Schöneberger Rathauses:
Öffentlicher Vortragsabend.
Soziale Werte in der Pflege des Volkstums. Dr. Viktor Geramb-Graz.
Die Frau im Dienste der Heimatpflege. Frau Jane Voigt-Flensburg, M. d. L.

Montag, den 12. 1. 1925:
vormittags 10 Uhr:

Nationalpolitische Arbeit der Landfrau. Frau Maria Schott.
Nationalpolitische Arbeit der Hausfrauenvereine. Frau Anna Gerhard-Altenburg.
nachmittags 4 Uhr:
Die nationalpolitische Arbeit im Grenzland. * * *
Frauenarbeit im Deutschen Schutzbund. Frau L. von Broeder.

Büchertisch.

Das Buch vom Rhein von Georg Hoelscher. In Reinen geb. M. 23.—, in Halbleder M. 28.—. Eine Schilderung des Rheinstromes und seiner Ufer von den Quellen bis zum Meere unter besonderer Berücksichtigung seiner 2000 jährigen Geschichte. Mit 215 teils farbigen Abbildungen, vorwiegend nach Gemälden, Radierungen und Zeichnungen berühmter Künstler und 19 wertvollen Kartenzeichnungen.

Seit den Tagen des Weltkrieges ist die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf das Rheinstromgebiet gerichtet und so erschien es angebracht, ein Werk entstehen zu lassen, das alles Wissenswerte über den Rhein, dieses „Meisterwerk der Natur und Kunstgeschichte“ zusammenfaßt. Diese Aufgabe hat der am Rhein geborene und lebende Verfasser nach jahrelangen Vorarbeiten in vollendeter Weise erfüllt, so daß das jetzt vorliegende große, schöne und gehaltreiche Werk mit vollem Recht den Titel führen darf: „Das Buch vom Rhein“. Vorerst gilt Hoelschers Darstellung dem landschaftlichen Bild: Von den Höhen des St. Gotthards bis zu den Mündungen an den Küsten Hollands, welche eine Fülle der verschiedensten Gesichte. Landschaften, Städte, Burgen, Dome und Dörfer gleiten an uns vorüber, von allen wird uns Wissenswerthes und Wertwürdiges in der fesselndsten Weise berichtet. Niemals ist die Sprache trocken, Sie ist vielmehr ein lebendiger Quell frischen Erzählens, dem man ohne zu ermüden weiter und weiter folgt. Einen erheblichen Teil des stattlichen Werkes nehmen auch die geschichtlichen Darstellungen ein, denn die uralte Kulturstraße des Rheines ist überreif an gewaltigen historischen Erinnerungen. Diese läßt der Verfasser an ihren Schauplätzen plastisch vor unseren Augen wiedererstehen. Ein Reichtum des Buches vom Rhein sind ferner die literatur- und kunstgeschichtlichen Darstellungen und Erinnerungen, die der großen Belesenheit des Verfassers zu verdanken sind. Viele unserer großen Dichter, Maler und Musiker haben am Rheine gelebt, geliebt und gelitten, von allen weiß der Verfasser Interessantes zu erzählen. Nicht zuletzt kommt auch die Gegenwart zu ihrem Recht,

denn mit den dringenden Fragen über Wirtschaft, Technik, Handel, Industrie und Schifffahrt macht uns das Buch vertraut. Auf Grund eingehender Studien an Ort und Stelle sind z. B. die großen Stau- und Kraftwerke am Oberrhein, die bedeutenden Industriewerke am Mittel- und Niederrhein beschrieben. Diese Schilderungen müssen jeden Deutschen mit Freude und Stolz erfüllen und verleihen dem Buche seinen ganz besonderen Wert. Die Sprache weiß sich frei von allen Ueberschwenglichkeiten, legt vielmehr den Hauptwert auf Sachlichkeit und inneren Gehalt, zugleich aber durchzieht das ganze Werk ein feiner goldener Humor wie ein funkelndes Band.

So ist es ein Vergnügen und ein Genuß, dem Verfasser zu folgen auf seiner Pilgerfahrt den grüngoldenen Fluten unseres herrlichen Stromes entlang. Deutsch ist er gewesen von Anfang aller Geschichte an, deutsch war er, ist er, wird er und wird er immer bleiben. Und ein weithin sichtbares, nicht zu übersehendes Dokument hierfür zu schaffen, war nicht der letzte Grund, warum „Das Buch vom Rhein“ erscheinen mußte.

„Deutschland“ von Kurt Hielscher. Verlag von Ernst Wasmuth. Preis: Ganzleinen gebunden 24 Mark, Halbleder oder Halbpergament gebunden 32 Mark.

Wie die deutsche Baukunst nie als ein „Ding an sich“, sondern immer nur im Zusammenhang mit der Erde, aus deren Schoß sie wurzelt emporkommt, voll gewürdigt werden kann, zeigt das Deutschland-Buch, das soeben im Berliner Verlag Ernst Wasmuth als der jüngste Band der Orbis-terrarum-Reihe erschienen ist. In 304 Kupfertiefdruckaufnahmen, von denen nur die Blätter aus dem besetzten Rheinland nicht selbstgezeichnet sind, hat hier Kurt Hielscher, der rühmlichst bekannte Verfasser des „Unbekannten Spaniens“, der deutschen Heimat gebührend, und wir dürfen hoffen, daß diese Weltbegabe überall da mit freudigem Dank aufgenommen wird, wo die Liebe und Treue zu deutscher Art noch lebendig und ungebrochen ist. Daß die Pfalz und das Saargebiet, daß der nun sarmatisch gewordene Osten und vor allem das deutsche Elsaß fehlen, ist um so schmerzlicher zu bedauern, als damit im Auslande leicht der Eindruck eines freiwilligen Verzichts geweckt werden könnte, während in Wahrheit der Grund doch nur in den Verhältnissen liegt, die stärker waren als der Wille des Verfassers. Von diesem unvermeidlichen Mangel abgesehen, ist das Buch aber eine wahre Herzensstärkung, ein unmittelbar sprechendes Zeugnis für die einzigartige landschaftliche und bauliche Schönheit dieser unserer deutschen Welt, die uns heute ja doppelt viel zu sagen hat, weil sie unglücklich ist. Und welche Mannigfaltigkeit offenbart sich doch in diesem Reichtum! Von der Bodenseelandschaft bis zu den Hängen der Riesenerge, von dem lauschigen Winkelglück eines schwäbischen Städtchens und den romantisch Berg und Tal angelegten Schlössern Frankens bis zu den Wasserburgen Westfalens und der in stolzem Machtbewußtsein breit hingewuchteten Deutschordensarchitektur Preußens — welcher Wechsel der Eindrücke! Deutsche Kunst ist so wenig wie deutsche Natur unter einem allgemeinen gültigen Begriff zu fassen. Er müßte dann erst noch erfunden werden in einer all diesen Gegenfahrscheinlichkeit in sich bergenden Formel, die dem Malerischen und Architekturischen, dem Klein- und Großformigen, dem still in sich Verträumten und dem Gott und Welt Zugewandten, dem Juppischen und dem Heroischen in gleicher Weise gerecht wird. Daß hier die Architektur ganz den Zügen der Bodengestaltung folgt, daß der wortfarge Backsteinbau der nordischen Tiefebene aber auch auf einen anders gerichteten Menschencharakter schließen läßt als die hüpfende Lebendigkeit oberdeutscher Hausfassaden, ist nur der Ausdruck eben dieser erstaunlichen Vielfältigkeit unseres Wesens, die das Ausland so wenig begreifen kann, daß es uns oft der Tüde und Zweideutigkeit anklagt, wo doch nur der Mangel eines zwar leicht fassbaren, aber auch engen nationalen Schemas vorliegt. Möge also dieses Deutschlandbuch, dem wir eine weite Verbreitung auch im Auslande wünschen, dazu beitragen, den Schleier zu lüften und das Verständnis für deutsche Eigenart zu vertiefen! Möge es aber vor allem den Deutschen selber die Augen öffnen und sie zusammenführen in weiteifernder Liebe zur Muttererde, die ja immer dann am schwersten zu leiden hatte, wenn ihrer Kinder sinnloser Hader eigenmächtig die heiligen Bande zerreiht, die der Dichter der Freiheit als die starken Wurzeln der Kraft bezeichnet!

DER BRANDENBURGER NATIONALES NACHRICHTENBLATT

Hohe Auflage / Wichtiges Anzeigenorgan / Hohe Auflage

Erscheint wöchentlich einmal

Bezugspreis monatlich 40 Pfennig, einschließlich Bestellgeld

Expedition:

FRANKFURT-ODER / THILESTR. 2

Die illustrierte Monatschrift Elsah-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(II. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsah-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein aus-
druckvolles Angehen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbegren-
ztem Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem
Besatz der Herrschaft sich zu behaupten wissen ...“ — „Germania“,
Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden
darf in der richtigen Weise angepackt ...“ — „Unabhängige
Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch Inter-
essierten sei die Zeitschrift dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen.
Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische
Jahrbücher“: „Die Monatschrift verfolgt die Stammes-
interessen dieses ferndeutschen Landes in zäher Verteidigung und
gemäßigtem Angriff ...“ — „unwahren Tendenzen abhold ...“ —
große Sachlichkeit ... — „Schweizerische Monatshefte für Politik
und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute
elsässische Geistesarbeit zum Vorschein kommen zu lassen ...“ —
„Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „... muster-
gültig geleitete Seite ... Sowohl die politischen Aufsätze wie
das übrige der Seite ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7. Nr. 109799.

Die Wochenschrift für das Selbstbestimmungsrecht der
Deutschen an Rhein, Saar und Ruhr

„Rheinischer Beobachter“

mit illustrierter Heimatbeilage

„Der schöne Rhein“

unterrichtet regelmäßig über die
Vorgänge in den besetzten Gebieten

Monatsbezug 80 Goldpfennig

Probenummern vom Verlag EDMUND STEIN, Potsdam
oder von der Werbezentrale des „Rheinischen Beobachters“
Berlin W 9. Bellevuestraße 6a

Leset und verbreitet die von der Geschäftsstelle
„Saar-Verein“ herausgegebene Halbmonatsschrift

„Der Saar-Freund“

Der „Saar-Freund“ ist der treueste und zuverlässigste Be-
richterstatter über alle Geschehnisse im Saargebiet, das beste
Bindeglied zwischen den schwerbedrängten Saardeutschen
und dem Mutterlande und das Mitteilungsblatt des Bundes
„Saar-Verein“ mit allen wichtigen Nachrichten aus
dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet

Die Schriftleitung und Verwaltung liegen in den Händen von
ausgewiesenen Persönlichkeiten, die als geborene Saarländer
oder durch ihren mehrjährigen Aufenthalt im Saargebiet
selbst die örtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhält-
nisse des Saargebiets aus eigener Erfahrung heraus kennen
und mit dem Leben der Saargebietsbevölkerung heute noch
in engster Verbindung stehen.

Bestellungen auf die Halbmonatsschrift „Saar-Freund“
nimmt jede Postanstalt entgegen. Der Bezugspreis beträgt
monatlich 50 Cpf.

Alle Zuschriften für den „Saar-Freund“ sind zu richten an:

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräzer Straße 94

Dessauer Garten

Dessauer Str. 1, Ecke Königgräzer Straße
5 Minuten vom Potsdamer Platz

Aktbekanntes Speisehaus

Spez. Ausschank von Würzburger
Hofbräu und Dortmunder Hansa

Säle und Sitzungszimmer zu vergeben.

Saar-Heimat

Phot. Kunstblätter aus Saarbrücken und Umgebung.

Das Blatt M. 3.—

10 Blatt in Büttenmappe M. 30.—

25 Blatt in Leinenmappe M. 75.—

Ferner größere Blätter als Wandschmuck.

Saarheimat-Kalender

Photographie auf Büttenkarten mit Bild.

M. 3.— portofrei.

An Saar-Vereine Anstaltsendungen.

Aug. Rupp, Berlin SW 68, Neuenburger Str. 40 S. 1.

Der Saarkalender für 1925

ist ein Gedächtnis- und Nachschlagewerk für alle Saardeutschen. Er enthält
ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saar-
gebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeitfakten, saar-
ländische Anekdoten, Märchen, usw. und bekommt durch Beiträge guter
Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von
dauerndem Wert für Kinder und Erwachsene. Der Preis dieses
ausgezeichneten Werkes beträgt 2,50 M. Gleichzeitig weisen wir darauf
hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923 und 1924
des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königgräzer Straße 94 II.

Unsere Bundesnadel

das Ehrenabzeichen für alle Saar-
kämpfer und Anhänger unserer Bestre-
bungen ist jetzt wieder vorrätig und kann
jederzeit durch die

Geschäftsstelle „Saar-Verein“

Berlin SW 11, Königgräzer Straße 94

bezogen werden. Preis 2 Mark.

Die Monatschrift

„Der Weg zur Freiheit“

erscheint im Verlag des Arbeitsausschusses deutscher Ver-
bände, Berlin NW 7, Schadowstraße 2 monatlich und kann zum
Preis von 20 Goldpfennigen durch jede Postanstalt bezogen werden.
Das Mitteilungsblatt hält seine Leser ständig auf dem Laufenden über
alle politischen Fragen, die mit der Kriegsschuldfrage und dem auf ihr
aufgebauten Friedensdiktat von Versailles in Verbindung stehen. Außer
größeren Artikeln, die einen Überblick über die abgelaufenen politischen
Ereignisse enthalten, bringt das Blatt auch eingehende Besprechungen
nicht nur der inländischen, sondern vor allem auch der ausländischen das
genannte Gebiet betreffenden literarischen Neuerscheinungen. Das
Blatt bietet daher jedem, auch wenn er nicht in der Materie eingehend
bewandert ist, authentisches und nur auf Tatsachen beruhendes Material und
gibt ihm dadurch Gelegenheit, sich desselben im Interesse der Aufklärungs-
arbeit über diese Lebensprobleme des deutschen Volkes zu bedienen.